

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2, — Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Preussisch, Danzig, East- und Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Lauenburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Gedanken und Meinungen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Witz“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 10. Juli 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Vertriebsstellen: Berlin 37 536 — Danzonia: Bank der Arbeiter, Kugelschellen und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 1.

#### Anzeigenpreise:

Die einseitige Kontraktzeile 80 Pfennig, Reklamzeile 5, — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 25 Pfennig (aufläufig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptredaktionsbüro, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

# Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftspolitik.

## Tagung des Bundesausschusses des ADGB. in Düsseldorf.

Der Bundesausschuss des ADGB. hat am Freitag in Düsseldorf die Krise auf dem Arbeitsmarkt und die Notwendigkeit der Erweiterung und Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge beraten. Der Beratung kommt besondere Bedeutung um der Tatsache willen zu, daß der ADGB. heute einen Erfolg seiner Mahnungen und Forderungen in der Erwerbslosenfrage verzeichnen kann.

Mit allem Nachdruck hat der ADGB. vom Beginn der Krise an auf die Grundpfeiler in der wirtschaftlichen Auffassung und in der Wirtschaftspolitik hingewiesen. Seiner Stimme ist bis in die zwölfte Stunde nicht die gebührende Beachtung geschenkt worden. Jetzt endlich beginnt die Regierung auf ihn zu hören. Seine Auffassung legt sich durch. Dafür gibt es zwei Anzeichen: der Reichstag hat das Arbeitsbeschaffungsprogramm angenommen, das im wesentlichen den Forderungen der Gewerkschaften entspricht, und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat auf der Bundesausschusstagung ein großes Exposé über die wirtschaftspolitischen Aufgaben gegeben, das die Auffassung des ADGB. in wesentlichen Punkten bestätigt.

In der Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius und eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums kam eine Wandlung in der Stellung der Regierung zu den Vorschlägen des ADGB. zum Ausdruck, die von dem Vorsitzenden der Partei am Schlusse der Tagung unterstrichen wurde.

Der Reichswirtschaftsminister teilte mit, daß die Reichsregierung bereits praktische Maßnahmen zur Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms getroffen habe. Ein Ministerialauschuss soll die Verwirklichung beschleunigen und bürokratische Hemmungen beseitigen.

Ueber die Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms hinaus forderte der Bundesausschuss eine wirkliche Arbeitslosenversicherung, Erhöhung der Unterstützungssätze, Ausdehnung der Kurzarbeiterfürsorge. Von besonderer Bedeutung war das Referat des Genossen Dr. Bruno Bröder, des Vertreters der Sozialpolitischen Abteilung des ADGB. Das Referat gipfelte in der Forderung, gemäß den Beschlüssen des Breslauer Gewerkschaftskongresses endlich zu einer wirklichen Arbeitslosenversicherung zu kommen.

Der Bundesausschuss hat seine Forderungen in einer Entschließung niedergelegt. Er wird darüber wachen, daß dem Willen zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms die Tat nachfolgen wird.

Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland — als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik — eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft noch auf lange Sicht hin bedeuten wird, haben die Gewerkschaften schon beizeiten umfassende Gegenmaßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes und ausreichende Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gefordert.

Trotz dieses Drängens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende Arbeitslosenversicherung geschaffen, noch sind wirklich einschneidende Maßnahmen getroffen worden, um die Arbeitslosengefahren in Deutschland für die große Masse der Erwerbslosen fühlbar zu vermindern.

Das mangelhafte System der einseitigen Unterstützungssätze wird bis zur Einführung eines Versicherungssystems nicht entbehrt werden können. In Anbetracht der fortschreitenden Verelendung breiter Schichten muß jedoch eine Erhöhung der Unterstützungssätze ebenso sehr aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Gründen gefordert werden. Weiter ist zu fordern die Abschaffung der auch nach Aussage zuverlässiger amtlicher Stellen nicht mehr haltbaren Bedürftigkeitsprüfung, ferner eine Entlastung des Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und eine Ausdehnung der Kurzarbeiterfürsorge.

Die Gewerkschaften begrüßen es, daß die Bedeutung der produktiven Erwerbslosenfürsorge für die Behebung der Arbeitslosigkeit auch vom Reichstag in seinen jüngsten Beschlüssen anerkannt worden ist. Das von ihm aufgestellte Programm für die Durchführung werkschaffender Arbeiten entspricht den oft und mit Nachdruck betonten gewerkschaftlichen Forderungen.

Anbeding muß jetzt aber erwartet werden, daß der ernstliche Wille zur Verwirklichung dieser Pläne

bald durch die Tat bekundet wird. Hierzu wird eine großzügige Finanzierung, nötigenfalls durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten, sowie eine entschlossene Beseitigung der Widerstände und Kompetenzstreitigkeiten in der Verwaltung erste Voraussetzung sein. Die Gewerkschaften werden ihrerseits nicht ablassen, mit allen Mitteln auf die sofortige Inangriffnahme dieser wichtigen Aufgaben der Gegenwart hinzuwirken.

Im weiteren Verlauf der 4. Bundesausschusstagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf führte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius aus:

Die gewaltige Arbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten Probleme der gegenwärtigen Krise, das die verantwortungsvollste Beachtung der Reichswirtschaftspolitik erfordert. Die Reichsregierung hat daher in Fortsetzung und Erweiterung der bisherigen Maßnahmen einen umfassenden Plan aufgestellt, um angesichts der außerordentlichen Notlage neue und zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die sich noch in diesem Jahre auf dem Arbeitsmarkt auswirken sollen. Um alle bürokratischen Hemmnisse bei der Durchführung des von der Reichsregierung festgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramms zu beseitigen, hat die Reichsregierung einen mit besonderen Vollmachten ausgestatteten Ministerialauschuss eingesetzt, der die Durchführung dieses Programms in enger Fühlung mit den Länderregierungen gewährleisten soll.

## Die Hochbahn städtisch.

### Freie Bahn für den weiteren Ausbau des Schnellbahnnetzes.

Die Beschlüsse der gestrigen Generalversammlung der Berliner Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft bedeuten den Abschluß eines jahrelangen Kampfes zwischen der Stadt und diesem wichtigen, bisher vom Privatkapital geführten Berliner Verkehrsunternehmen. Die Einzelheiten dieser Transaktion mit ihrer Zusammenlegung der privaten und städtischen Schnellbahnen sind kaum von allgemeinem Interesse. Wichtig ist nur die Tatsache, daß damit zusammen mit der gleichzeitigen Erwerbung der überwältigenden Aktienmajorität der Omnibusgesellschaft mit Ausnahme der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen

alle Berliner Verkehrsunternehmen in der Hand der Stadt vereinigt

sind. Für dieses Ziel hat die Stadt Berlin seit Jahren, um nicht zu sagen Jahrzehnte, gekämpft. Die sozialdemokratische Rathausfraktion hat schon in der Vorkriegszeit immer wieder in dieser Richtung vorgestoßen und sie kann heute mit Genugtuung feststellen, daß mit diesem Abschluß der Verhandlungen endlich

ein wichtiger kommunalpolitischer Programmpunkt Wirklichkeit geworden ist.

Die Genugtuung darüber wird freilich erheblich dadurch abgeschwächt, daß die Stadt Berlin gezwungen war, diesen Fortschritt mit schweren Opfern zu bezahlen. Für die nächsten fünf Jahre muß die Stadt den privaten Aktionären eine

Dividende von nicht weniger als 11 Proz.

zahlen, und erst nach Ablauf dieser Frist hat sie die Möglichkeit, die Aktion zu pari, bzw. gegen Umtausch in eine Kommunalobligation abzulösen, deren Zinssatz dann hauptsächlich auf Grund besserer Wirtschaftsverhältnisse niedriger gehalten werden kann. Diese Opfer sind von der Stadt erzwungen worden unter dem Druck der Tatsache, daß die Deutsche Bank über 50 000

Vorzugsaktien mit laufendwachem Stimmrecht

verfügte. Mindestens die zusätzliche Zahlung von je 40 M. auf fünf Jahre wäre fortgefallen, wenn das Privatkapital nicht diese Waffe in der Hand gehabt hätte.

Wichtiger als rückwärtende Erwägungen ist aber die Notwendigkeit für die Stadt auf Grund dieses Erwerbes nun in der energischsten Weise an den

Ausbau des Untergrund Schnellbahnnetzes

zu gehen. Die Phantasie, die darüber in Sensationsblättern veröffentlicht werden, sind allerdings meistens von gar keiner Sachkenntnis getrieben. Auch die Stadt ist bei ihren weiteren Bauvorhaben an wirtschaftliche Gesetze gebunden und muß mit der Tatsache rechnen, daß aufzunehmende Anleihen auch verzinst und amortisiert werden müssen. Sie hat bisher mit anerkannter Tatkraft unter den größten Opfern und unter Zurückstellung wichtiger anderer Aufgaben durch den Bau der

Der Minister ging sodann auf die wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stützung des Arbeitsmarktes und zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten ein, die von der Reichsregierung im letzten halben Jahre beschlossen worden und in der Durchführung begriffen sind, die sich teilweise aber erst jetzt auswirken werden.

Die bisherigen Maßnahmen lassen sich in fünf Gruppen teilen.

Zunächst geht es naturgemäß, die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge nach dem Einsehen der Krise wesentlich zu erweitern und auszugestalten. Ferner wurde versucht, und diese Maßnahmen bilden die zweite Gruppe, durch beschleunigte und erweiterte Gewährung öffentlicher Aufträge wenigstens einzelnen Industrien in gewissem Umfange Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen. Die Maßnahmen der dritten Gruppe umfassen die Hingabe von öffentlichen Mitteln an einzelne private Unternehmungen zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe, während es sich bei den Maßnahmen der vierten Gruppe um die Gewährung von Krediten aus öffentlicher Hand an bestimmte Wirtschaftszweige handelt.

Die Maßnahmen der fünften Gruppe schließlich entspringen nicht nur der gegenwärtigen Krise, sie sind vielmehr auf längere Sicht gestellt worden. Sie sollen zum Beispiel den Auslandsabsatz der deutschen Industrie zu heben suchen, neue Kreditmöglichkeiten erzielen und durch Senkung der Produktionskosten in Richtung der Erleichterung der Wirtschaftslage wirken.

Die Arbeiten der großen Beschäftigungsstellen, der Post, der Heeresverwaltung und vor allen Dingen der Eisenbahn, die in der

Nord-Südbahn und jetzt wieder durch die Inangriffnahme der AEG-Bahn gezeigt, daß sie imstande ist, technisch und wirtschaftlich Vorbildliches zu leisten. So groß die Bedenken gegen ein allzu hitziges Tempo auch sein mögen, die katastrophale wirtschaftliche Krise in Berlin, die ungeheure Arbeitslosigkeit zwingen dazu, das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadt soweit auszudehnen, als es irgend möglich ist. Der soeben abgeschlossene Vertrag gibt die Möglichkeit einer hypothetischen Belastung des Schnellbahnnetzes zugunsten einer

aufzunehmenden Anleihe.

Diese Anleihe muß sobald als möglich beschafft werden, um den Bau der AEG-Schnellbahn weiter zu beschleunigen, die Anschlüsse der Nord-Südbahn in Neukölln und Tempelhof an die Ringbahn fertigzustellen und dann an die seit langem notwendige Erleichterung einer neuen Ost-Weststrecke zu gehen. Es ist anzunehmen, daß die städtischen Körperschaften die Arbeiten für die Durchführung dieser Aufgaben mit Rücksicht auf die

schwere Sorge der Arbeitslosigkeit

mit allen Mitteln beschleunigen werden.

Was bisher von der Stadt Berlin auf diesem Gebiete geschehen ist, zeugt von dem besten Willen aller beteiligten Instanzen. Die Beratungen des städtischen Haushaltsplans haben aber gezeigt, auf was für Schwierigkeiten die Stadt Berlin angesichts ihrer immer schlechter werdenden Finanzlage stößt. Die populäre Politik der Steuererleichterungen, wie sie im Reich betrieben wird, geht

auf Kosten der Gemeinden

und äußert sich hier — ganz naturgemäß — in Steuererhöhungen. Infolgedessen ist alles, was bisher in Berlin hat geschehen können, nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Was an städtischen Notstandsarbeiten sich durchführen läßt, bringt immer nur wenige Tausende Arbeit und Verdienst, selbst wenn die aufgewandten Mittel für die Stadt eine sehr starke Belastung bedeuten. Um so wichtiger ist, daß jetzt endlich nach der vollzogenen Verstaatlichung der Hochbahn

endlich der Anleihenweg beschritten

werden kann und dadurch größere Beiträge zur Verfügung stehen, mit denen wirklich umfangreiche Arbeiten geleistet werden können. Wir rechnen auf das Bestimmteste damit, daß die Erweiterung der Bauarbeiten noch im Herbst beginnen kann. In dieser indirekten Unterstützung

der Berliner Wirtschaft

wird man vorerst das wichtigste Ergebnis der jetzt vollzogenen Kommunalisierung sehen müssen. Im Zusammenhang mit der beschlossenen Elektrifizierung der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen werden aber auch die kurzfristigen Gegner der kommunalen Wirtschaftspolitik auch einmal einsehen lernen, daß öffentliche Initiativen sehr, sehr oft der privaten weit überlegen sein kann.

# Reichsregierung und Reichsbahn.

## Vor der Bestätigung Dorpmüllers.

Zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahngesellschaft ist es zu einer Vereinbarung gekommen, durch die künftighin eine engere Fühlungnahme zwischen Reich und Reichsbahn in den Eisenbahntätigkeiten sichergestellt werden soll. Der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft hat der Reichsregierung zugestanden, daß in Zukunft der Reichsverkehrsminister oder sein Stellvertreter an allen wichtigen Sitzungen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme teilnehmen kann. Ferner soll der Reichsregierung künftighin nicht nur für den Generaldirektor, sondern auch für die Wahl der übrigen leitenden Direktoren das Bestätigungsrecht zustehen. Als Gegenleistung hat das Reichsministerium grundsätzlich die Teilnahme des Generaldirektors oder dessen Stellvertreters an den Kabinettsitzungen, die sich mit Eisenbahntätigkeiten beschäftigen, zugestanden. Da das Reichsbahngesetz mit diesen Vereinbarungen in Übereinstimmung gebracht werden muß, denkt man, wie verlautet, an eine entsprechende Änderung des Gesetzes nach Fühlungnahme mit den in Frage kommenden Faktoren. Nach der Vereinbarung zwischen Reichsregierung und Reichsbahngesellschaft wird die Bestätigung Dorpmüllers als Generaldirektor der Reichsbahn in der nächsten Sitzung des Reichskabinetts erfolgen.

## Einigung zwischen Reich und Preußen.

In der demokratischen Presse werden Meldungen verbreitet, wonach in dem bekannnten Konflikt zwischen Reich und Preußen über die Zusammenlegung des Verwaltungsrates der Reichsbahn eine Einigung erzielt sei. Diese Meldungen essen den Tatsachen weit voraus. Richtig ist, daß das Schreiben des Reichskanzlers Marx offensichtlich von dem Wunsche diktiert ist, eine spätere Verständigung mit Preußen nicht zu erschweren. Es ist auch richtig, daß gemäß § 13 der Gesellschaftsordnung demnach das Mandat von 6 Mitgliedern des Verwaltungsrates erteilt. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß anlässlich der Neuernennung dieser Mitglieder Reich und Preußen sich verständigen. Da aber Preußen auf der Ernennung des Ministerialrats Schulte besteht und gerade gegen diesen Vorschlag von der Reichsregierung (des Reichsfinanzministeriums) immer wieder Einwendungen erhoben worden sind, so ist noch manche Schwierigkeit zu überwinden, ehe eine solche vom allgemein politischen Standpunkt aus sicher wünschenswerte Einigung erzielt wird.

Zu den Kreisen, die von der Krise besonders hart betroffen werden, gehört vor allem

### das große Heer der Arbeitslosen.

Nachdem die von mir genannten Aufträge zum Teil vergeben und durchgeführt worden sind — die bisherigen Eisenbahnaufträge werden die Wärmwerte nur noch bis Ende des Monats beschäftigen können — müssen neue Mittel und Wege gefunden werden, um Arbeit zu beschaffen. Der Winter bringt uns an sich schon steigende Arbeitslosenziffern. Diese Erwägungen haben zur beschleunigten Aufstellung des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms geführt. Die Reichsregierung geht davon aus, daß bei der lang andauernden Arbeitslosigkeit, die selbst bei einer neuen wirtschaftlichen Belebung noch keine erhebliche Abschwächung erfahren dürfte, nicht mit einer reinen Erwerbslosenunterstützung auszukommen ist. Nicht nur soziale, sondern wesentliche wirtschaftliche Momente machen es notwendig.

Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die wenigstens einem Teil der freigesetzten Arbeitskräfte zeitweilige Beschäftigung geben können. Das Regierungsprogramm geht daher zunächst auf die Beschäftigung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages ein.

Außer diesen neuen Mitteln hat sich das Reichsfinanzministerium bereit gefunden, weitere 30 Millionen der produktiven Erwerbslosenfürsorge zum Wohnungsbau für landwirtschaftliche Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Man hofft, mit dieser Summe, wenn der gleiche Betrag von den Ländern erbracht wird, 10 000 neue Wohnungen schaffen zu können.

Schwieriger gestalten sich die Verhandlungen über neue Mittel, die dem Wohnungsmarkt zuzuführen sind. Der preußische Wohlfahrtsminister teilte uns in den letzten Tagen mit, daß für Preußen

Berliner sich dadurch „fabotiert“ fühlt, so zeigt sie eben, daß sie nicht konkurrenzfähig ist. Die Juryfreie hat bisher unter weitaus ungünstigeren Bedingungen arbeiten müssen, und sie hat trotzdem von Jahr zu Jahr an Bedeutung zugenommen. Ihre Ausstellungen waren die weitaus wertvollsten und interessantesten, die man in Berlin zu sehen bekam. Abgesehen davon unterliegt es keinem Zweifel, daß dem Prinzip der juryfreien Kunstschauen die Zukunft gehört. Sie sind und wollen nichts weiter sein als Märkte und entsprechen so am besten den wirtschaftlichen Bedürfnissen der gesamten Kunsterschaft. Daß einzelne Sondergruppen und Gruppen andere Interessen haben, ändert nichts an dieser Tatsache. Wir hoffen und erwarten, daß an dem Prinzip der Gleichberechtigung für die beiden streitenden Parteien nicht nur im nächsten Jahre, sondern für alle Zukunft festgehalten wird.

John Schitowski.

## Ein französisches Studentenheim in Berlin.

Im „Impartial Français“ beschäftigt sich Stephan Berger in einer Zuschrift aus Berlin mit der Frage des Besuches deutscher Universitäten durch französische Studenten, die er als ernst und dringend bezeichnet. Er schreibt, ehe man daran denken könne, Europa wieder aufzubauen, müsse man das Problem der deutsch-französischen Beziehungen lösen. Dies sei kaum möglich, wenn nicht ein Teil der geistigen Elite Frankreichs endlich durch eine ernsthafte und ehrliche Kenntnis dieses so hohen und doch so fernem Landes dazu beitrage. Die Beschreibungen und Darstellungen Deutschlands von französischer Seite seien zu oft nur Karikaturen und geeignet gewesen, die gegenseitigen Beziehungen systematisch zu schädigen.

Wolle man nun die vor dem Kriege begonnene Arbeit unter besseren Bedingungen wieder aufnehmen und diesmal zum guten Ende führen, indem man endlich den jungen Generationen zeige, was Deutschland in Wirklichkeit ist, wie es sich benimmt, woran es denkt, wohin es geht, so müsse man eine Einrichtung treffen, die es französischen Studenten, den künftigen Erziehern, Finanzleuten, Journalisten und Politikern ermögliche, ehe sie von den Sorgen um einen Beruf ergriffen werden, sich ein halbes Jahr in ihrer Jugend einem konkreten und lebendigen Studium Deutschlands zu widmen, das durch nichts, weder durch Bücher noch durch Zeitungen, noch durch den besten europäischen Verständigungs- und Friedenswillen ersetzt werden könne. Aber es sei im Augenblick so, daß es keinen in Deutschland lebenden Franzosen gebe, der nicht Briefe von irgend einem jungen Landsmann bekomme, der den leidenschaftlichen Wunsch habe, eine Studienreise nach Deutschland zu machen, aber nicht in der Lage sei, die Kosten zu tragen, da das einfachste möblierte Zimmer in Berlin 400 bis 500 Franken monatlich kostet. Eine Folge der französischen Finanznot sei es, daß sich zahlreiche deutsche Studenten an den französischen Universitäten befinden, während die künftigen französischen Germanisten fast vollständig von den deutschen Universitäten verschwunden seien.

Der Verfasser wendet sich nun an die kapitalkräftigen Kreise Frankreichs mit der Anregung, ein französisches Studentenheim in Berlin zu schaffen; er schreibt, wenn etwa 20 der reichsten Geschäftsleute je 10 000 M. aufbrächten, so könne man sich mit dem Ertrag einer solchen Sammlung in Berlin einrichten, denn die französischen Studenten könnten Deutschland nicht etwa in Koblenz oder in Bonn

— bei den anderen Ländern liegt es anders — die Störung des Wohnungsbaues nicht auf den Mangel an erstklassigen Hypotheken zurückzuführen sei, sondern auf die Schwierigkeit, die zweite Hypothek zu beschaffen. Es müssen deshalb zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau aufgebracht werden. Die Reichsregierung hat bereits auch für diese Zwecke mit den Ländern zusammen neue Mittel bereitgestellt. Es darf erwartet werden, daß die Bautätigkeit in der zweiten Hälfte der Bauperiode in stärkerem Maße als bisher einsetzt.

Die Verhandlungen mit den Ländern über die Weiterführung des Mittelbandanals sollen von dem Reichsverkehrsministerium beschleunigt aufgenommen werden. Es sollen die Arbeiten an der Hauptstrecke des Mittelbandanals zwischen Magdeburg und Peine sofort, also noch in diesem Jahre, aufgenommen werden.

Von der Reichsbahn werden die Linien fertiggestellt werden, deren Bau die Länder begonnen hätten und deren Beendigung durch das Reich auf Grund des Staatsvertrages über den Übergang der Staatseisenbahn auf das Reich von den Ländern verlangt wird. Es handelt sich bei diesem Eisenbahnprogramm um rund 280 Kilometer Gleis, im Tunnelbauten, Schienenerlegungen sowie Hochbauten.

Die Grundlage für diesen gesamten Arbeitsbeschaffungsplan ist aber nur dadurch gegeben, daß sich das Reich oder die beteiligten Verwaltungen für diese werdenden Anlagen an den Anlagemarkt wenden können. Noch vor einem halben Jahre konnten diese Wege nicht oder nur mit Gefahren für die übrige Wirtschaft beschritten werden. Heute glaubt es die Reichsregierung verantworten zu dürfen.

Am Anschließ an die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, betonte

### Dr. Weigert als Vertreter des Reichsarbeitsministers

den festen Willen des Ministers und der Regierung, die Arbeitslosenversicherung in diesem Winter zur geschäftlichen Regelung zu bringen. Der Entwurf soll noch im Herbst dem Reichstag und dann dem Reichstag zugeleitet werden. Dr. Weigert ist der Meinung, daß eine Arbeitslosenversicherung auch in Zeiten größerer Arbeitslosigkeit lebensfähig ist, solange nur die Fluktuation unter den Arbeitslosen aufrechterhalten wird. Der Redner wandte sich dann zu der unterstehenden Erwerbslosenfürsorge. Er erklärte, daß die Reichsregierung bei ihren Bemühungen um ein Lohnklassensystem in der Erwerbslosenfürsorge niemals auf einen Abbau der Erwerbslosenunterstützung ausgegangen sei. Sie habe nur die Unterbringung an die natürliche Obhut der Arbeiterkassen und an ihren verschiedenen Lebensstandards anpassen wollen.

Der Entwurf der Reichsregierung sei nicht ihr letztes Wort, sondern nur eine Verhandlungsgrundlage gewesen.

Die Stärkung der Arbeitsnachweise, ihre richtige räumliche Unterbringung, ihre Ausgestaltung mit dem geeigneten Personal ist eine der wichtigsten Voraussetzungen gerade auch für das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das der Reichswirtschaftsminister entwirft hat.

In diese Vorträge schloß sich eine Debatte an.

Dihmann (Metallarbeiter) eröffnet die Debatte. Die Arbeitslosenfrage sei, so führte er aus, das Kernproblem auf Jahre hinaus. Drei Fragen mühten uns beschäftigen: die Frage der materiellen Unterstützung, die der Beschäftigung der Arbeitslosen und die Anordnung und Durchführung von Maßnahmen, die über den Tag hinaus der Depression entgegenwirken. Die Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden wird von so großer Dauer sein, daß sie mit den Fällen von Arbeitslosigkeit, die wir vor dem Kriege hatten, gar nicht verglichen werden kann. Das immerwährende Drängen der Gewerkschaften zur Lösung der drei genannten Fragen habe bisher nur druckstückweise zu Verbesserungen geführt. Bei der Kurzarbeiterunterstützung konnte selbst das Prinzip nur mit Mühe zur Anerkennung gebracht werden. Dihmann

bedauert, daß die Einführung des Lohnklassensystems in der Erwerbslosenunterstützung überhaupt erst zur Erörterung gestellt worden ist.

Die Folge dieses Systems sei, daß schlecht entlohnte Arbeiter bei einsetzender Arbeitslosigkeit durch geringere Unterstellungen noch einmal besonders getraut werden. Gegen den Entwurf der Regierung über eine Arbeitslosenversicherung macht er neben anderen Einwendungen, die er erhebt, vor allem geltend, daß sie mit einer zu geringen Zahl von Arbeitslosenversicherungsempfängern reche. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm dürfe nicht unter dem Gesichtspunkt sogenannter Kostensparbeiten betrieben werden, denn die vorgesehenen Arbeiten sollen nicht der Unterbringung Arbeitsloser

lernen. In Dahlem oder im Grunewald könnte man eine große Villa mit Garten kaufen, die 15 bis 30 Zimmer enthalte. Zur Verwaltung des Hauses genüge ein Hausverwalter, der unter Aufsicht eines Beamten einer der französischen Botschaften in Berlin stehe. Nach Lösung des so schwierigen Problems der angemessenen Unterbringung werde alles übrige einfach sein.

Man werde sich vorher mit dem preussischen Unterrichtsministerium zu verständigen haben, das von einem liberalen, ernsthaften Mann geleitet werde, den man nicht vergeblich um seine Unterstützung bitten werde. Er würde auch sicherlich das Notwendige veranlassen, damit die französischen Studenten zum Restaurant der Berliner Universität zugelassen würden, wo man für 1 M. eine einfache und gute Mahlzeit erhalte. All dies lasse sich sehr bald verwirklichen, und das angestrebte Ziel, das vollkommen klar sei, könne der Reichsregierung in keiner Weise verächtlich erscheinen.

**Sprachforschung mit Röntgenstrahlen.** Der Professor für Bantuforschung an der Witwatersrand-Universität in Johannesburg, Dr. Clement Dose, hat sich zu einer längeren Studienreise nach Nordrhodesien begeben, um dort neues Material für sein großes Verzeichnis der Bantu-Sprachen zu sammeln. Der Gelehrte führt ein Diktaphon und einen Phonographen mit sich und will die Sprache der verschiedenen Stämme sowie ihre Gesänge und Volksgebräuche festhalten. Dose hat sich besonders dadurch bekannt gemacht, daß er als erster die Röntgenstrahlen für die Sprachforschung verwertete. Es gibt in der Zulu-Sprache zwei verschiedene Schnalzlaut, deren Herabdringung bisher rätselhaft war. Um nun genau festzustellen, wie diese verschiedenen Schnalzlaut zustande kommen, untersuchte er einen Zulu mit Röntgenstrahlen, indem er dadurch die Stellung der Zunge sowie des Gaumens und den Mechanismus des Schnalzens beobachtete.

**„Lachen links.“** Die soeben erschienene Nr. 28 des republikanischen Wochenblattes „Lachen links“ bringt als Titelblatt die Ueberschwemmung Deutschlands durch die Schmelzwasser, die das Volk in Not bringt, den Junkern aber die Taschen füllt. Auch der übrige reiche Inhalt der neuen Nummer ist zeichnerisch und textlich auf gewohnter Höhe. „Lachen links“ kostet pro Nummer nur 25 Pf. und ist zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postämter. Verlangt „Lachen links“ in allen Zeitungskiosken.

**Staatsoper.** Als letzte öffentliche Vorlesung vor den Ferien geben Sonntag „Die Weiserker“ in Szene mit Michael Boliner, Dutt, Schöndorfer und Frau Duffa. Generalmusikdirektor Weiser wird sich an diesem Abend vor seiner Amerikareise zum Berliner Publikum verabschieden.

**Metropol-Theater.** „Black people“, die amerikanische Revue, geht infolge verspäteten Eintreffens der Regiertruppe aus dem Metropol-Theater, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im Metropol-Theater erstmalig in Szene. Sonntag und Montag bleibt das Theater wegen Vorbereitung geschlossen.

**Der Rundfunk als Kanal.** Der Adressatendirektor Red. Howard D. Dough hat in Postland (Maine), eine besondere Gemeinde gegründet, die nur durch eine Rundfunkstation zusammengehalten wird. Er hat seine frühere Vorkammer aufgegeben, um sich ausschließlich der Verbreitung durch Vermittlung des Rundfunks zu bedienen. Die Kosten der Station werden ausschließlich durch freiwillige Beiträge der Hörer bestritten.

Zeit des höchsten Standes der Arbeitslosigkeit einsehen, haben — trotz ihrer relativen Geringfügigkeit — mit dazu beigetragen, den Arbeitslosenziffern zu einer sinkenden Tendenz zu verhelfen. Jedoch ist die Gefahr nicht zu verkennen, die für den Arbeitsmarkt darin liegt, daß die in den Etats vorgesehene Beschaffungsmittel in diesem Jahre frühzeitiger als sonst erschöpft sein werden. Es war daher die Aufgabe des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms, diese Lücke durch das Hereinbringen neuer Aufträge auszufüllen.

Sobald zu der dritten Gruppe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit übergehend, betonte der Redner:

Die öffentliche Hand darf nicht zum Banker der Wirtschaft werden.

Trotzdem mühten in einzelnen Fällen von Reichswegen bestimmte Unternehmen unterstützt werden, nachdem alle sonstigen Mittel und Maßnahmen erschöpft waren, um diese Betriebe oder Betriebsgruppen vor dem Untergang zu bewahren, einem Untergang, der aus allgemeinen Gründen verhindert werden mußte. Hervorheben möchte ich aber auch, daß, wenn diese Stützungsaktion auch vielleicht nicht positiv unter den Begriff der Arbeitsbeschaffung eingerechnet werden kann, doch ohne sie zweifellos weitere Massen von Erwerbslosen auf den Arbeitsmarkt geworfen worden wären, deren verminderte Kaufkraft zur Verschärfung der Krise wiederum beigetragen haben würde. Bei der weiteren vierten Gruppe der Maßnahmen handelt es sich darum, einer besonderen, aller Voraussicht nach begrenzten Notlage gewisser Wirtschaftszweige zu steuern und ihre Produktionsmöglichkeiten zu erhalten. Diese Maßnahmen dürfen nicht als generelle Subventionspolitik gewertet werden, wie sie andere Länder mit sehr negativem Erfolge versucht haben. Nur dort ist geboht worden, wo man vorausschauend annehmen konnte, daß die in Frage kommenden Wirtschaftszweige nach einer gewissen Uebergangszeit aus eigener Kraft ihre Produktion fortzusetzen in der Lage sein werden. So sind die Mittel der Reichsgeldbestelle der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion dienstbar gemacht worden. Den deutschen Reedereien sind Kredite gewährt worden. In diesem Zusammenhang ist auch der Zwischenkredit von 200 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau zu nennen. Es ist zu hoffen, daß nach einer Verlängerung der vorgesehene Kreditfrist, der der Reichstag kurz vor seiner Vertagung zugestimmt hat, der Baumarkt stärker als bisher durch diesen Zwischenkredit Anregung erfahren wird. Die Anträge gehen nunmehr seitens der Länder in größerer Zahl ein. Bereitgestellte 40 Millionen Mark sind bereits abgehoben und weitere 7 Millionen neu angefordert.

Die fünfte Gruppe der Wirtschaftsmassnahmen führt mich zu dem Gebiet allgemeiner wirtschaftlicher Uebergangsmassnahmen. Hierzu gehört auch das gegenwärtige Stadium unserer Handelsvertragspolitik.

Zur Förderung des Exports mühten auch neue Wege beschritten werden, so der der Exportkreditversicherung und der des Ruffengeschäfts.

Die Bestrebungen des Reiches zur Schaffung einer Exportkreditversicherung haben zu einem Erfolg geführt.

Die Versicherungsgesellschaft hat ihre Tätigkeit aufgenommen. In den ersten Sitzungen des Ausschusses dieser Stelle sind zahlreiche Exportaufträge versichert worden. Ein beträchtlicher Teil dieser Versicherungen betraf Auslandsaufträge gerade solcher Industrien, die, wie z. B. die Kleintextilindustrie, besonders schwer unter dem Verlust ihrer früheren Absatzmärkte zu leiden haben. Weitere Anträge sind in Bearbeitung. Sie bewegen sich nach Zahl und Umfang in aufsteigender Linie. An der Schaffung einer zweiten Form der Exportkreditversicherung, die sich an die Vorschläge der Hamburger Exportvereine anlehnt, wird mit Aussicht auf baldigen Erfolg gearbeitet. Im Laufe der nächsten zwei Wochen werden die Pläne abgeschlossen sein. Vor etwa 2 Wochen ist es gelungen, im Ruffengeschäft zwischen dem deutschen Bankensortiment und der Handelsvertretung der Sowjetunion über die Bedingungen und Finanzierung eine Annäherung herbeizuführen. Mit dieser Einigung wird der Weg für weitere Bestellungen auslands erheblich geehnet sein. Bis heute sind aus Industriekreisen Anträge mit Bezug auf Erteilung der Garantie für Lieferungsverträge im Umfange von rund 350 Millionen Reichsmark beim interministeriellen Ausschuss gestellt worden.

### Das Kreditbedürfnis der Landwirtschaft

erfordert besondere Maßnahmen. So wurde die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt errichtet. Eine weitere Einrichtung zur Beschaffung drei- bis fünfjähriger Realkredite ist durch die Goldkreditbank im Verein mit der Rentenbank-Kreditanstalt in einem bisherigen Ausmaße von 250 Millionen Mark gewährt worden.

## Künstlerstreit.

Das Ausstellungsproblem ist ein rein wirtschaftliches. Jede Kunstausstellung ist ein Markt, auf dem die Künstler ihre Produkte feilhalten. Am wenigsten tritt der wirtschaftliche Charakter zutage bei Elite-Ausstellungen, wie sie etwa die preussische Akademie veranstaltet. Hier kann man sich den Luxus leisten, Kunst um der Kunst willen, nicht zu Verkaufszwecken, zu zeigen. Reinsten Marktcharakter tragen auf der anderen Seite die juryfreien Schauen, die jedem Aussteller gegen Platzmiete einen bestimmten Raum zur Verfügung stellen. Alle Kämpfe zwischen einzelnen künstlerischen Richtungen waren und sind im Grunde nichts anderes als Kämpfe um die Futterstelle, d. h. um die beste Ausstellungsgelegenheit. Diese machte Tatsache kann durch ideologische Feigenblätter schämig verdeckt, aber im Wesen nicht geändert werden.

Auch der Kampf, der jetzt zwischen der Großen Berliner und der Juryfreien entbrannt ist, dreht sich um die Futterstelle. Die Große Berliner war bisher die wirtschaftlich stärkere Partei. Bis zur Revolution herrschte in ihr der Verein Berliner Künstler. Dessen Rechte wurden durch Haenisch inoffiziell beschritten, als das Ministerium einen Teil des Landesausstellungsgeländes an den jüngeren Künstlerverbänden, der Sezession, der Novembergruppe usw., für die jährlichen Sommerausstellungen einräumte. Nach Schluß dieser Sommerausstellungen durfte dann die Juryfreie Kunstschau über das Gebäude verfügen. Diese hatte wenig Zeit zur Vorbereitung ihrer Ausstellungen, und in den unbeherrschbaren Räumen waren die kalten Herbstmonate weder den Kunstwerken noch dem Publikumsbesuch zuträglich. Trotzdem entwickelte sich die Juryfreie von Jahr zu Jahr zu einer immer stärkeren Konkurrenz der Großen Berliner und es wurden sogar Stimmen laut, die die Existenzberechtigung der letztgenannten in Frage stellten und meinten, Berlin könne sich, neben der Akademieausstellung und den Ausstellungen der Privatgalons, mit alljährlich stattfindenden Juryfreien Schauen begnügen. Da hielten die an der Großen Berliner interessierten Verbände zu einem letzten energischen Schlag aus und stellten an die Juryfreie das Ansuchen, sie möge ihrerseits in Zukunft auf selbständige Ausstellungen verzichten und sich als eine Art „Salon der Zurückgewiesenen“ der Großen Berliner anglehnen. Damit war der Bogen überspannt. Die Juryfreie setzte sich gegen diese Zumutung zur Wehr und es gelang ihr, nicht nur ihre bisherige Position zu behaupten, sondern sogar einen Schritt vorwärts zu bringen; die entscheidenden Instanzen stellten ihr für das nächste Jahr das Landesausstellungsgelände für die Zeit von Mitte April bis Mitte Juni zur Verfügung.

Gegen diesen annähernden Ausgleich der beiderseitigen Rechte erhebt nun eine Reihe Berliner Künstlerverbände Protest beim Kultusminister und beim Preussischen Landtag. Es sind das die Verbände, deren Mitglieder auf der Großen Berliner auszustellen pflegen. Nur die Sezession hat nicht mitgemacht. Der Protest ist bemerkenswert ungeschickt formuliert. Er wirft der Juryfreien vor, sie sei nachweisbar nicht juryfrei (was ein Streit um Worte ist), er spricht von Sabotage der Großen Berliner Ausstellung und von Bräutereiung der Berliner Kunsterschaft. Tatsächlich sind durch die gerechtere Verteilung der Ausstellungsmonate nur die Waffen im Konkurrenzkampf einigermassen gleich gemacht. Wenn die Große

Dienen. Die Durchführung des Programms erfordert aber auch die Beseitigung von bürokratischen Hemmungen, die im System des Behördenapparates liegen.

**Paepflow** (Bauarbeiter) bringt zum Ausdruck, daß es erfreulich wäre, wenn es gelänge, das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu verwirklichen. Hinderlich sei dabei eine gewisse Anarchie, die nicht nur in unserer Wirtschaftsführung, sondern auch in den Arbeiten der mit solchen Aufgaben betrauten Behörden zu finden sei. Auf die Lage des Baugewerbes übergehend, erwähnt er, daß selbst im Hochsommer 25 Pros. Bauarbeiter arbeitslos wären. Die Lage werde verschärft, weil die bestehenden Wohnungen trotz großer Reparaturbedürftigkeit nicht ausgebaut werden. Das Gleiche gelte für den Straßenbau und die Eisenbahn. Hier sei Arbeitslosigkeit in größerem Maße gegeben. Man müsse verwundert sein, daß man diese Schlüsselgewerbe so habe vernachlässigt. Die Bauarbeiter waren nie vollbeschäftigt, man habe anscheinend sogar eine gewisse Angst vor solcher Vollbeschäftigung, weil man davon Lohnforderungen befürchte.

**Gertrud Hanna** (ADGB.) erinnert daran, daß die erwerbslose Frau die größte Not zu tragen habe. Viele erwerbslose Frauen werden als nicht bedürftig von dem Empfang der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen. Der Prozentsatz solcher Nichtbedürftigen sei bei den Frauen größer als bei den Männern. Die Textilindustrie, in der außerordentlich viele Frauen beschäftigt sind, habe auch eine ungewöhnlich hohe Zahl von Arbeitslosen. Auch von Rotstandsarbeiten habe die Frau keine Vorteile, weil die durch Rotstandsarbeiten geschaffenen Beschäftigungsmöglichkeiten zumeist männliche Arbeitskräfte erfordern.

**Simon** (Schuhmacher) begrüßt es, daß die Regierung erkennt, wie notwendig es ist, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Gegenwärtig habe die Schuhindustrie eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit. In der Schuhindustrie seien Betriebe vorhanden, in denen seit Monaten nur 8 Stunden in der Woche gearbeitet wird. Unter Einführung trauriger Fälle außerordentlichen Elends übt Simon Kritik an den Bestimmungen über Kurzarbeiterunterstützung und an der Bedürftigkeitsprüfung.

**Larnow** (Holzarbeiter): Das Hauptgewicht sei darauf zu legen, daß durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm die Wiederbeschaffung normaler Arbeitsgelegenheit bewirkt werde.

In der deutschen Wirtschaftsführung fehle es an einer eindeutigen wirtschaftspolitischen Linie.

Aber wir vermüssen beim Unternehmertum nicht nur eine solche wirtschaftspolitische Richtlinie, sondern wir beobachten dort sogar ein Handeln nach der entgegengesetzten Richtung; die vom Unternehmertum verfolgte Kürzung der Löhne bedeutet das Gegenteil von dem, was erforderlich ist. Dieses Verhalten der Arbeitgeber sei die wichtigste Ursache für die Katastrophe der deutschen Wirtschaft. An die Herren von der Regierung richtet Larnow die Aufforderung, eine Aktion zur Stärkung der Massenkaufkraft einzuleiten, indem sie das wirtschaftspolitische Gewissen und die wirtschaftspolitische Vernunft des Unternehmertums mochrüttelt.

#### Celpart

Stelle dann als Ergebnis der Aussprache fest, daß unter den anwesenden Vertretern der Verbandsvorstände Uebereinstimmung darüber bestehe, daß die Gewerkschaften auch angesichts der Erklärungen der Regierungsvorsteher festhalten müßten an ihrer Entschlossenheit, möglichst schnell große Löhne zu fordern. Es bestehe auch keine Meinungsverschiedenheit über den außerordentlichen Ernst der wirtschaftlichen Situation. In der Vergangenheit sei der Forderungen der Vertreter der Arbeiterklasse leider nicht die Beachtung geschenkt worden, die sie hätten erwarten dürfen.

Er glaube, daß der Bundesausschuss aus den Erklärungen der Regierungsvorsteher herausgehört haben möchte, daß dieser Zustand vorüber sei.

Mit Genehmigung könne der Bundesausschuss Kenntnis nehmen von der Mitteilung des Reichswirtschaftsministers, daß die Reichsregierung bereits Beschlüsse gefaßt habe, die den Anfang einer Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms darstellen. Auch vom Reichswirtschaftsminister erwartet der Bundesausschuss, daß er den Worten Taten folgen lassen werde, Taten, die dem wirtschaftlichen und sozialen Wohle dienen möge.

Die vorgelegte Entscheidung zur Erwerbslosenfrage wurde in der Gesamtabstimmung ohne Widerspruch angenommen.

### Kündigungsschutz für Angestellte.

#### Der Reichsrat erhebt keinen Einspruch.

Der Reichsrat hat in seiner Sitzung am 8. Juli beschlossen, keinen Einspruch gegen das Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten zu erheben. Damit hat das Gesetz die verfassungsmäßige Zustimmung erhalten. Nach Artikel 71 der Reichsverfassung tritt das Gesetz, da es keinen anderen Termin selbst bestimmt, mit dem vierzehnten Tage nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem das Reichsgesetzblatt in der Reichshauptstadt ausgegeben worden ist.

Für diejenigen Angestellten jedoch, die nach dem neuen Gesetz Anspruch auf den erweiterten Kündigungsschutz haben, zwischen dem 15. Mai und dem Inkrafttreten des Gesetzes jedoch mit kürzerer Kündigungsfrist gekündigt worden sind, gelten rückwirkend die neuen Kündigungsschutzbestimmungen. Danach darf ein Arbeitgeber, der in der Regel mehr als zwei Angestellte ausschließlich der Behörde beschäftigt, Angestellte, die mindestens fünf Jahre beschäftigt sind, nur mit mindestens einer Frist von drei Monaten für den Schluss eines Kalendervierteljahres kündigen. Bei einer Beschäftigungsdauer von acht Jahren beträgt die Kündigungsfrist des Arbeitgebers vier Monate, bei einer Beschäftigungsdauer von zehn Jahren fünf Monate und bei einer Beschäftigungsdauer von zwölf Jahren sechs Monate zum Quartalschluss.

Es werden jedoch bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer nur solche Dienstjahre anzurechnen, die nach Vollendung des 25. Lebensjahres liegen. Ist inzwischen ein Angestellter am 17. Mai zum 30. Juni gekündigt worden und hat er Anspruch auf den erweiterten Kündigungsschutz, dann gilt die Kündigung erst zu dem Termin, der nach dem neuen Gesetz zulässig ist. Bei einer Beschäftigungsdauer von fünf oder acht Jahren, die nach Vollendung des 25. Lebensjahres zurückgelegt, gilt also erst die Kündigung zum 30. September, in den übrigen Fällen erst zum 31. Dezember. Angestellte, die Anspruch auf Weiterbeschäftigung bis zu diesen Terminen haben, seit dem 1. Juli jedoch ausgeschieden sind, stellen ihrem Arbeitgeber sofort ihre Dienstleistung zur Verfügung. Verzichtet der Arbeitgeber auf ihre Tätigkeit, dann ist er dennoch verpflichtet, bis zu den genannten Terminen das Gehalt fortzuzahlen.

**Ludendorffs Ehe geschieden.** In München wurde gestern durch ein Gerichtsurteil Ludendorffs Ehe geschieden und Ludendorff für den schuldigen Teil erklärt. Wir hätten von dieser Privatangelegenheit nicht Notiz genommen, wenn sich nicht fast die gesamte übrige Presse schon seit längerer Zeit mit ihr beschäftigt hätte.

**Konfessionsfreiheiten in Indien.** In Babua, zweihundert Meilen von Kalkutta, griffen Mohammedaner eine Hindu-Prozession mit Stockschlägen und Steinwürfen an. Es kam zu Plünderungen, so daß die Räden geschloffen werden mußten. Die Unruhen breiteten sich auch auf die benachbarten Dörfer aus, wo ebenfalls Räden und Hinduwohnungen geplündert wurden. Da die Mohammedaner in einigen Dörfern die Polizei umzingelten und ihre verhassten Glaubensgenossen zu befehlen versuchten, machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch und vertrieb mehrere Demonstranten.

### Invictus victi victuri.

#### Eine nationalsozialistische Studentenfeier und ein sozialdemokratischer Protest.

Heute 12 Uhr mittags wird im Beisein des Reichspräsidenten ein Gefallenenedenkmal der Berliner Universität enthüllt, das von Hugo Lederer gefertigt ist und die Inschrift trägt: „Invictus victi victuri.“ Auf deutsch: „Den Unbesiegten die besiegten Sieger der Zukunft.“ Zu dieser Feier geht uns folgende Erklärung zu:

Das Rektorat der Berliner Universität beabsichtigt, am 10. Juli dieses Jahres ein Denkmal für die im Weltkrieg gefallenen Studenten zu enthüllen. Dieses Denkmal soll nach dem Willen der nationalsozialistischen Mehrheit innerhalb der derzeitigen Studentenschaft die Inschrift tragen: „Invictus victi victuri.“

Wir sehen in dieser Inschrift ein Bekenntnis zum Kriegs- und Rachegedanken. Da wir verpflichtet und entschlossen sind, an dem großen und erhabenen Werte der Völkerveröhnung unter Einsetzung aller Kräfte mitzuwirken, müssen wir die Teilnahme an dieser politisch einseitig festgelegten Denkmalsenthüllung ablehnen.

Für uns bedeutet die Erinnerung an die Toten des Weltkrieges die tiefste und eindringlichste Mahnung, ein erneutes Hereinbrechen so namenloses Elendes über unser Volk und die anderen Völker mit allen Mitteln zu verhüten. Wir wissen uns darin eins mit den Gefallenen, deren Tod nur dann einen Sinn hat, wenn er das Blutopfer für eine bessere, befriedete Erde gewesen ist. In diesem Sinne beteiligen wir uns an den Feiern, die jeweils von unserer Partei und den Gewerkschaften unter der Losung „Nie wieder Krieg!“ veranstaltet werden.

#### Bereinigung sozialdemokratischer Studenten.

Es versteht sich beinahe von selbst, daß die seit Jahren umkämpfte Inschrift (die von der „Deutschen Zeitung“ zwar als „geistvoll“ gepriesen, aber sinnlos falsch überseht wird) von einem evangelischen Theologen, dem Prof. Reinhold Seeberg, erfunden ist.

### Ruth Fischer ohne Kokarde.

#### Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Das kommunistische Disziplinar- und Entehrungsstatut zeitigt immer schönere Blüten. Das Zentralkomitee der KPD. veröffentlicht folgenden Beschluß zur Angelegenheit Ruth Fischer:

„1. Das Zentralkomitee erklärt sein völliges Einverständnis mit den diesbezüglichen Beschlüssen des Präsidiums des ERK.“

2. In Konsequenz dieser Beschlüsse wird der Genossin Ruth Fischer bis zum Parteitag die Ausübung der Rechte eines Mitglieds des Zentralkomitees der KPD. unterstellt und die Fähigkeit zur Ausübung von Funktionen aberkannt.“

Diese Aberkennung der Ehrenrechte bedeutet praktisch: Ruth Fischer darf ihr Reichstagsmandat nicht ausüben, sie darf nicht reden.

Das System ist würdelos. Würdelos ist aber auch der, der sich ihm unterwirft. Sklavengefinnung, die nicht gegen Entehrung und Entwürdigung rebelliert, qualifiziert nicht zur Führung einer Bewegung mit idealem Ziele. Die kommunistische Bewegung und ihre Leute — sie sind einander würdig.

### Zum englischen Bergarbeiterstreik.

#### Eine unheilvolle Wendung.

Durch das Wolff-Bureau wird folgende Mitteilung über Berliner Besprechungen des englischen Bergarbeiterführers Cook verbreitet:

Ueber die Besprechungen, die am 7. d. M. in Berlin zwischen den Vertretern des Britischen Bergarbeiterverbandes Cook und Richardson und den Vertretern der Russischen Bergarbeiterunion Schwarz und Kulow stattgefunden haben, wird von den Beteiligten ein Bericht ausgegeben, nach dem der englische Bergarbeitervertreter Cook auf dieser Zusammenkunft über die Streiklage, den ungeminderten Kampfwillen der englischen Bergarbeiter und ihre gegenwärtige ungünstige Finanzlage berichtet hat. Sein Bericht wurde durch Richardson mit Ziffernmaterial ergänzt.

Der russische Bergarbeitervertreter Schwarz berichtete dann über die Unterstützungsmassnahmen der russischen Bergarbeiter zugunsten der englischen. Darauf wurde einstimmig beschlossen, einen Aufruf zu veröffentlichen, der unter Hinweis auf die prinzipielle Bedeutung des Kampfes in England die Arbeiter der ganzen Welt zur finanziellen und moralischen Unterstützung der englischen Bergarbeiter auffordert.

In einem weiteren Beschluß wird es als dringend notwendig bezeichnet, daß der englisch-russische Einigungsausschuss zusammentritt, und daß ein Ausschuss der englischen und russischen Bergarbeiter geschaffen wird, um die Verbindung zwischen den Arbeitern beider Länder aufrechtzuerhalten und den Eintritt der russischen Bergarbeiterunion in die Bergarbeiterinternationale herbeizuführen. Die Teilnehmer an der Konferenz werden versuchen, ihre Organisationen zur Annahme von Beschlüssen in diesem Sinne zu veranlassen.

Die englischen Bergarbeiter stehen in einem sehr schweren Kampfe. Der Ausweg ist ihnen durch die ungeschickte Taktik Cooks, gegen die der Generalrat der englischen Gewerkschaften schwere Vorwürfe erhebt, erschwert worden.

Die Berliner Besprechungen Cooks haben nicht nur der Fortführung des Kampfes seiner bisherigen Taktik gemäß gegolten, sondern darüber hinaus — mitten im Kampfe — einer Aenderung der internationalen Orientierung zur Moskauer Internationale hin.

Mit diesen Besprechungen nimmt der englische Bergarbeiterstreik eine unheilvolle Wendung. In den Kreisen des englischen Bürgertums und bei einem sehr großen Teil der englischen Arbeiterschaft wird der Versuch, den Streik mit einer politischen Schwentung zu verbinden, zerstörend wirken. Das Bürgertum wird das bolschewistische Gespenst an die Wand malen, die Arbeiterschaft wird darin den unfairen Versuch einer nicht mit den Zwecken des Streiks im Zusammenhang stehenden Ausnutzung der Streiksituation erblicken. Die englischen Bergarbeiter streifen nicht, um eine Demonstration für die Moskauer Internationale zu veranstalten!

**Polnische Freihafenjungen an der Donau.** Zwischen Warschau und Bukarest schweben gegenwärtig Verhandlungen über die Schaffung polnischer Freihäfen in den rumänischen Donauhäfen Galaz und Braila. Bei der günstigen Lage Bembergs und den guten Bahnverbindungen zur unteren Donau soll auf diese Weise die polnische Ausfuhr auch nach dem Schwarzen Meer und dem Mitteländischen Meer gelenkt werden.

### Neue Gefahr für Caillaux.

#### Angriffe von links und rechts. — Der Kampf gegen das Washingtoner Schuldenabkommen.

Paris, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Stellung der Regierung ist im Laufe der Freitag-Nachmittags-Sitzung, in der als Gegner des Kabinetts der Abgeordnete Bourel, der Finanzminister Painlevé und ganz besonders der reaktionäre Bokanowski zu Worte kamen, ungünstig, solange sich die Kammer auf eine einfache Stellungnahme zu der Finanzklärung Caillaux' oder aber gegen die Rede Blums beschränken konnte. Am Freitag nachmittag gewann man jedoch den Eindruck, daß die Gegner des Kabinetts, die nicht nur bei den Sozialisten sitzen, versuchen werden, die heikle Frage der Ratifikation des Washingtoner Schuldenabkommens nochmals in den Vordergrund der Debatte zu rücken, über dessen Ablehnung alle Fraktionen gegen das Kabinett einig sind. Briand und Caillaux haben zwar einen Angriff auf diesem Gebiet erwartet. Sie haben deshalb eine klare Stellungnahme über diesen Punkt stets vermieden und sogar dem Angriff dadurch die Spitze abzubrechen gesucht, daß sie das Washingtoner Schuldenabkommen mit dem Geschenkwurf über die Finanzsanierung trennten und als einen besonderen Entwurf der Kammer zugehen lassen wollten. Das Kabinett schien in erster Linie vermeiden zu wollen, daß die Kammer zur Entscheidung über eine Tagesordnung berufen werde, die das Washingtoner Abkommen einschließt. Caillaux' Gegnern ist aber dieses Mandat nicht entgangen, und es ist fraglich, ob sie sich dazu herbeilassen werden, die Debatte mit einer einfachen Resolution, die der Regierung das Vertrauen für die beabsichtigte Finanzsanierung ausspricht, abzuschließen oder ob sie nicht darüber hinaus durch Einbringung einer Resolution mit ausdrücklicher Betonung der Ablehnung des Washingtoner Abkommens die Regierung zu einer unzweideutigen Stellungnahme in dieser Frage zwingen werden.

#### Briand verlangt sofortiges Vertrauen.

Paris, 9. Juli. (M.T.) Nachdem der Abg. Bokanowski in längeren Ausführungen das Steuerprogramm der Regierung bemängelt hatte, erklärte Ministerpräsident Briand, die Regierung sei bereit, heute abend noch weitere Aufklärungen zu geben. Aber schon heute müsse das Ausland erfahren, ob Frankreich die Regierung habe, hinter der die Mehrheit der Kammer steht oder nicht. Hierauf wurde die Weiterberatung auf 9 Uhr abends vertagt. In den Wandelgängen der Kammer erklärte der Abg. Bokanowski nach Beendigung der ersten Sitzung, daß er entschlossen sei, gegen das Vertrauensvotum der Regierung zu stimmen.

### Eifer am falschen Platze.

#### Die Deutsche Botschaft in Paris berichtigt ...

Kürzlich veröffentlichte das Organ der französischen Aristokratie „Figaro“ ein Interview mit dem in Paris anwesenden König Alfons von Spanien. Darin wurde dem König die Behauptung in den Mund gelegt, er habe auf Grund eines Gespräches mit dem deutschen Kaiser im Jahre 1913 die Ueberzeugung gewonnen, daß Deutschland nur daran denke, über Frankreich demnächst herzufallen, und habe diese Ansicht vertraulich durch den Herzog von Lannes der französischen Regierung mitteilen lassen.

Schon am Tage danach ließen die amtlichen Berliner Stellen durch M.T.B. erklären, daß die Sache nicht stimmen könne, denn Wilhelm und Alfons hätten sich in den letzten 10 Jahren vor dem Kriege nicht gesehen. Nicht genug mit dieser Erklärung, die deutsche Botschaft in Paris ließ durch ihren Presschef, Dr. Joachim Kühn, eine förmliche Berichtigung des gleichen Inhaltes an den Chefredakteur des „Figaro“ senden mit dem Ersuchen, „in der nächsten Nummer des Blattes“ dieses Dementi zu veröffentlichen. Das ist auch geschehen, wobei der Chefredakteur seinen Irrtum eingestanden hat: König Alfons hätte ihm von einem Besuch beim Kaiser Franz Josef erzählt, bei dem er die Ueberzeugung jener Angriffsabsichten Deutschlands gewonnen hätte, usw.

Ein sich war die Angelegenheit recht bedeutungslos. Wenn die deutschen Stellen trotzdem ein besonderes Interesse an einer Aufklärung des Mißverständnisses hatten, dann hätte ein Besuch des Presschefs der Pariser Botschaft durchaus genügt. Statt dessen wird ein förmliches Berichtigungsschreiben gefaßt, in dem eigentlich nur die Verulung auf § 11 des deutschen Pressegesetzes fehlt ...

Es sind in den letzten Jahren zahllose unwahre Behauptungen über Deutschland in der französischen Presse, doch hat niemals die deutsche Botschaft das schwere Geschäft einer schriftlichen Berichtigung ausführen lassen. Daß das gerade in diesen Fällen geschehen ist, wo die Person Wilhelms II. angegriffen wurde, mußt sehr eigenartig an. Der Chefredakteur des „Figaro“ hat sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, teils ironische, teils gefällige Kommentare daran zu knüpfen, was bei der nationalsozialistischen Grundeinstellung dieses Blattes kein Wunder ist.

### Das neue Wahlreformgesetz.

#### Verkleinerung der Wahlkreise.

Wie der Reichsdienst deutscher Presse hört, wird der nunmehr vor der Vollendung stehende Entwurf eines Reichswahlgesetzes vom Reichsinnenministerium dem Reichsrat und Reichstag im Herbst zugeleitet werden. In dem neuen Entwurf ist eine Aenderung der Wahlkreise mit Rücksicht auf die Bevölkerungsdichte und Gruppierung vorgelesen. Im Zusammenhang damit sollen die Wahlbezirke vermehrt und so eine schnellere Vorbereitung und Abwicklung der Wahl ermöglicht werden.

### Ein Verleumder verurteilt.

Leipzig, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die hiesige deutsche „Ersuerungsgemeinde“ hat in einem Flugblatt „Die Rogelbrüder“, u. a. auch den Reichspostminister a. D. Giesberts angegriffen. Die Angriffe gegen Giesberts beziehen sich auf angebliche mißbräuchliche Postbriefe. Rechtsanwalt Dr. Ake-Berlin hat für Giesberts Strafantrag gegen den Verleger W. Kramer gestellt, der übrigens bezeichnenderweise auch nicht einmal den Versuch gemacht hat, Beweis für seine verleumderischen Behauptungen anzutreten. Er wurde wegen öffentlicher Beleidigung des Abgeordneten Giesberts zu einer Geldstrafe von 200 Mark und Publikationsbefugnis verurteilt.

### Freibier gegen Volksentscheid.

In Barbing, Kreuzhof und Oberheiling, Bezirk Regensburg, sind beim Volksentscheid so gut wie keine Stimmen abgegeben worden. Eine daraufhin von sozialdemokratischer Seite vorgenommene Nachforschung nach dem Grund ergab, daß Herr Strugiehl, Sekretär im deutschnationalen Zentralverband der Landarbeiter, in Gemeinschaft mit dem Pfarrer von Barbing die Landarbeiter während der Wahlhandlung mit Freibier ausgehalten und sie damit an der Ausübung ihrer Wahlpflicht verhindert hat.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Bergarbeiterverband 1925.

Das Jahrbuch 1925 des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands gibt eine erschöpfende Uebersicht über die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten deutschen Bergbaues, der Entwicklung des Bergarbeiterverbandes und sein Schaffen im Vorjahre. Unter allen Berufsständen sind es wohl die Bergarbeiter, die die Folgen des verlorenen Krieges jetzt am stärksten zu spüren bekommen. Auch die jetzige Krise, für die man so viele Namen, aber keine Behebungsmöglichkeit findet, hat über die Bergarbeiterschaft unbeschreibliches Elend gebracht. Die unzähligen

### Betriebsstillegungen, Feiertagschichten und Massenentlassungen

im Bergbau sind auch am Bergarbeiterverband nicht spurlos vorübergegangen. Wenn auch der Mitgliederrückgang von 190 224 zu Beginn des Jahres 1925 auf 157 818 nicht so erheblich ist, so ist doch die Fluktuation in der Mitgliederbewegung beachtlich groß. Der Jahresbericht stellt gegenüber 60 159 Neuaufnahmen, Wiedereintritten, Uebertritten und Zugezogenen einen Gesamtzuwachs von 62 565 Mitgliedern fest. Der Hauptgrund dieser bedauerlichen Tatsache ist, wie schon erwähnt, die durch die Abflakröße im Bergbau erfolgten Massenentlassungen. Wurden doch schon allein im Ruhrbergbau die Belegschaften um 70 000 bis 75 000 Arbeiter vermindert. In anderen Kohlenrevieren ist der Abbau im gleichen Maße erfolgt. Ein nicht zu unterschätzendes Gefahrenmoment der freigewerkschaftlichen Bergarbeiterbewegung ist jedoch die im Berichtsjahre stärker denn je hervorgetretene gelbe Werkverlebensbewegung. Die Unternehmer, die sonst nicht laut genug über die hohen sozialen Kosten und andere angeblich unproduktive Ausgaben klagen, lassen es sich nunmehr kosten, diese Bewegung aufzupöppeln. Durch Festschneidungen, in denen das traute Heim befragen, Eheabschlüssen und andere Familienereignisse bekanntgegeben werden, von Lohnreduzierungen, Arbeiterentlassungen, Kultur- und Kassenkampffragen aber nichts gesagt wird, versucht man, die Arbeiter zu stillen Dulden ihres Schicksals zu machen. Der Reichsverband „niederländischer“ Arbeitervereine gemährt bei einem Wochenbeitrag von 25 Pfennigen, Kranken- und Unfallunterstützung, Konfirmandenbeihilfe, Wochenlöhne, Sterbegeld und „auch“ Gemahlsregeln, und Streikunterstützung. Seiner gibt es wie überall, so auch unter den Bergarbeitern noch viele, die in einer Organisation nur einen Unterstützungsverein sehen, und sich dem Verein mit dem niedrigen Beitrag anschließen, ganz gleich, welchen Charakter er hat. Indem man die Gefahr, die der Arbeiterbewegung von diesen „Auchorganisationen“ droht, auf das schärfste bekämpft werden. Ein erfreuliches Zeichen der Wiedergewinnung des deutschen Gewerkschaftslebens war

### der Uebertritt der Bergarbeiterunion

zum Bergarbeiterverband, wodurch die organisatorische Zersplitterung der Bergarbeiter wenigstens etwas gemildert worden ist. Allerdings hat sich bei dem Uebertritt gezeigt, was es mit dem Rauslaufreifen der überrevolutionären „Führer“ auf sich hat. Während man früher die Zahl der der Bergarbeiterunion Angehörigen krafmeterisch auf 100 000 angab, waren es bei den Uebertrittsverhandlungen nur noch 8000. In einer dem Bergarbeiterverband zugesandten Auffstellung waren es nach 7410, von denen bis zum 19. September 1925 insgesamt 3630 zum Bergarbeiterverband übertraten.

Die Bergbauunternehmer versuchten besonders im letzten Halbjahre, durch Einführung einer verlängerten Arbeitszeit und Abbau der Löhne den wirtschaftlichen Wiederaufstieg in ihrem Sinne zu ermöglichen. Durch Betriebsstillegungen und Massenentlassungen übten sie auf die Belegschaften einen Druck aus, um sie zu zwingen, von den tarifvertraglichen Leistungen abzusehen. Seiner stimmten auch einzelne Arbeiter und Belegschaften für Arbeitszeitverlängerungen

und Urlaubsfürzungen. In den Fällen, wo die Organisation eingriff, gelang es meist, die Unternehmer zur Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen zu zwingen. Tarifbewegungen wurden im Geschäftsjahre insgesamt 113 geführt. Davon waren 105 ohne und 8 mit Arbeitseinstellung. Von den

### 105 Bewegungen ohne Streik

waren 104 erfolgreich und eine ohne Erfolg. Von den acht Streiks waren fünf erfolgreich und drei erfolglos. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau gelang es, eine geringe Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden durchzusetzen. Der Braunkohlenbergbau des Kölner Reviers erhielt eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde von 10 auf 9 Stunden. Im bayerischen Erzbergbau wurde die Schichtzeit unter Tage von 9 auf 8 1/2 Stunden verkürzt. Im Schieferbergbau Thüringens konnte an Stelle der neunstündigen wieder die achtfündige Arbeitszeit eingeführt werden. Bei den Löhnen ist trotz der Krise eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen gewesen. Gerade in der jetzigen Krisenzeit hat sich die Organisation als ein starkes Bollwerk gegen das sozialreaktionäre Unternehmertum erwiesen.

Das Gesamtvermögen in Haupt-, Bezirks- und Lokalstellen betrug am Schlusse des Berichtsjahres 4 323 942,32 Mark gegen 3 543 256,75 Mark im Vorjahre. Das Gesamtvermögen ist also um 780 685,57 Mark gestiegen. Das Vermögen betrug am Schlusse des Berichtsjahres auf den Kopf des Mitgliedes berechnet 22,98 Mark gegen 15,40 Mark am Schlusse des Vorjahres. An Unterstützungen wurden 1924 insgesamt 1 250 000 Mark, dagegen 1 925 1 725 000 Mark ausgegeben. Die Mehrausgabe ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß im Berichtsjahre alle Unterstützungen wieder in voller Höhe und für die im Statut vorgesehene Dauer gezahlt wurden. Das Jahrbuch enthält weiter noch eine Fülle sehr guten Materials über die wirtschaftliche Lage des Bergbaues, produktionsstatistische Angaben, Sozialpolitik und Gesetzgebung, die hier aber nur erwähnt werden können.

### Die Tarifbewegung in der Metallindustrie.

Bei den getriggen Verbindlichkeitsverhandlungen über den am 23. Juni gefällten Schiedsspruch für die Angestellten der Berliner Metallindustrie, durch den das bisherige Gehaltsabkommen unverändert bis zum 30. September verlängert wird, waren die Vertreter des BMM, wie üblich, nicht erschienen. Dementsprechend gaben die Angestelltenvertreter nur die Erklärung ab, daß sie auf die Verbindlichkeitsklärung des vom BMM abgelehnten Schiedsspruches bestehen. Die Entscheidung des Schlichters wird in den nächsten Tagen den Parteien übermittelt werden. Es ist mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten, daß der Schiedsspruch, der den meisten Angestellten ja nur das zum Leben Notwendigste weiter garantiert, verbindlich erklärt wird. Ueber dieses Ergebnis wurde in der gestrigen Verammlung der beteiligten Funktionäre in Haverlands Festfalen berichtet. Anschließend daran legte Günther vom Butab den Funktionären die Bedeutung des jetzt vom Reichsrat genehmigten Gesetzes zum Schutze der älteren Angestellten dar. Einer Anregung aus der Verammlung folgend, beschloßen die anwesenden Vertreter der im AFA-Ortsartell zusammengeschlossenen Angestelltenorganisationen, nach Veröffentlichung des Gesetzes und der dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen sich in einer allgemeinen AFA-Funktionärverammlung damit zu beschäftigen.

### Zur Ausfuhr französischer Kohle nach England.

Paris, 9. Juli. (W.F.) In der gestrigen Sitzung der Bergwerkskommission der Kammer teilte der Vorsitzende Charles Baron mit, daß er wegen der beträchtlichen Ausfuhr französischer Kohle nach England, durch die nicht nur das

französische Ansehen geschädigt, sondern auch der Anschein erweckt werde, als ob Frankreich in den englischen Bergarbeiterkonflikt eingreifen wolle, ein Protestschreiben an den Minister für öffentliche Arbeiten gerichtet habe.

### Maßnahmen zum Schutze des französischen Arbeitsmarktes.

Jeder Ausländer, der in Frankreich als Arbeiter beschäftigt wird, muß im Besitze eines besonderen, mit der Bezeichnung und dem Datum des Abschlusses seines Arbeitsvertrages versehenen Ausweises sein. Der Uebergang zu einer anderen Arbeit ist frühestens nach Ablauf eines Jahres nach Ausstellung des Ausweises gestattet; es sei denn, daß der Arbeiter im Besitze eines vom öffentlichen Arbeitsnachweis unter Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes und der fachlichen Eignung des Arbeiters ausgestellten Zeugnisses ist.

**Achtung, Bauarbeiter!** Die Firma H. Richter u. Schädel, Berlin-Staglich, Körnerstr. 28/29, hat wegen Bezahlung der Verbleibarbeiten mit den Affordmurem Differenzen. In Frage kommen die Baustellen Pantom, Riffinger Straße, Groß-Lichterfelde, Potsdamer-, Ede Schlen-dorfer Straße, und Zehlendorf, Albrechtstraße. Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin. Verband der Affordmurer Groß-Berlins.

### Achtung, Baudelegierte des Deutschen Bauergewerksbundes, Bauergewerkschaft Berlin.

Am Dienstag, 12. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Dresdener Kasino, Dresden, Straße 16, Baudelegiertenversammlung sämtlicher Fachgruppen des Bauergewerksbundes. 1. Vortrag des Roggen Silberkämmerer: „Die Arbeitslosigkeit im Bauwerke“. 2. Mitteilung betr. Jubiläumstag. Die Baudelegierten und Betriebsräte werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Jede Baustelle muß vertreten sein! So der Baudelegierte unserer Organisation nicht angehört, ist von den Kollegen unserer Organisation auf der Baustelle ein Vertrauensmann zu bestellen. Verbandsbuch und Delegiertenkarte sind am Samstagsabend vorzubringen. Ohne diese kein Zutritt. Der Vereinsvorsitzende.

**Freie Gewerkschaftsjugend.** Wir beteiligen uns gemeinsam am Holten-berger Fest, welches der Bitterung wegen am vorigen Sonntag ausfallen mußte. Ferner weisen wir auf die Gruppenleiterauskunft am Montag, 12. Juli, hin, die das begonnene Thema: „Die deutsche Jugendbewegung, ihr Wesen und Werden“ fortsetzt. Gruppenleiter, sorgt für einen Besuch.

## Aus der Partei.

### Anna Kulikoff zum Gedächtnis.

Spätlich und wenig aufsehenerregend sind in den letzten Monaten die Lebenszeichen der von Mussolini verfolgten sozialistischen Partei Italiens gewesen. Aber die Internationale wird diese seltenen Lebenszeichen mit um so liebevollerer Sorgfalt registrieren. So ist dieser Tage in Mailand ein schönes, schlichtes Buch erschienen, das dem Andenken der am 29. Dezember 1925 verstorbenen Vorkämpferin der italienischen Arbeiterbewegung Anna Kulikoff gewidmet ist. Mit rührendem Fleiß und feinstem Takt hat der Lebensgefährte der Toten, Filippo Turati, der große und greise Führer des italienischen Proletariats, seiner Kampfgenossin ein schlichtes Denkmal errichtet: neben biographischen Schilderungen, persönlichen Erinnerungen und politischen Würdungen aus der Feder der bedeutendsten freien Geister Italiens sind in diesem Buch zahlreiche Artikel und Aufsätze aus Italien und aus allen Ländern aufgenommen. Vor diesem pietätvollen Werk mußte sogar der Faschismus Halt machen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Calvius; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Calson; Revolution: Dr. John Schützowski; Kololet und Sonstiges: Erik Rothbart; Anzeigen: Th. Glöck; Druck: in Berlin. Berlin: Bornstr. 10, G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstr. 10, G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: Paul Singer u. Co., Berlin, W. 18, Unter den Eichen 2, Stern 2, Berlin und „Unterhaltung und Wissen“.

# SAISON-AUSVERKAUF

Beginn 1. Juli

in fast allen Abteilungen

Mengenabgabe vorbehalten

Bis zur **HÄLFTE** herabgesetzt sind die Preise vieler Waren in den bekannt guten Qualitäten

**Damen-Strümpfe 1<sup>25</sup>**  
Prima Qualitäten, mit Doppelsohle, Hochferse und Naht, Seidenfaser oder Mako. .... Paar

**Badewäsche**  
Frottierhandtücher 1<sup>45</sup>  
mit Buchstaben, Jacquardmuster

Badelaken 8<sup>50</sup>  
Jacquardmuster, bunt, Größe ca. 140x180

Frottierstoffe 6<sup>90</sup>  
für Bademittel, in schöner Ausmusterung, ca. 150 cm brt., Mtr.

Badehauben 45 Pf. an  
aus gutem Naturgummi

Ein Posten Herren-Anzüge 3<sup>500</sup>  
gute Qualitäten, in modernen Stoffen, ..... 48<sup>00</sup>

**Morgenröcke 2<sup>95</sup>**  
aus gutem, baumwollenen Musselin

**Morgenröcke 3<sup>90</sup>**  
aus gutem Flanellstoff, fesche Form, in vielen Farben

**Morgenröcke 5<sup>75</sup>**  
aus gutem Flanellstoff, reich bestickt, mit einfarbiger Blende

**Pullover für Damen 2<sup>75</sup>**  
Kunstseide

**Trikot-Oberhemden für Herren 1<sup>95</sup>**  
geblickt, kräftige Qualität, mit modernen Einätzen

**Schuhwaren**  
Chevr.-Spangenschuhe 12<sup>50</sup>  
braun, mit französischem Absatz, früher bis 10,50, jetzt

Chevr.-Spangenschuhe 14<sup>50</sup>  
blond und grau, französischer Absatz, schöne Modelle, früher bis 21,00, jetzt

Lack-Spangenschuhe 14<sup>50</sup>  
mit echtem französischem Absatz, gute Passform

**Herren-Socken 95**  
Prima Qualitäten, einfarbig oder gemustert ..... Paar Pf.

**Herren-Artikel**  
Perkal-Oberhemden 4<sup>40</sup>  
gefütterte Brust, mit 2 Kragen ..... früher bis 7,00, jetzt

Tricoline-Oberhemden 8<sup>75</sup>  
mit Kragen, in neuesten Farben ..... früher bis 11,00, jetzt

Stehumlegekragen 75 Pf.  
prima Mako, 4fach, Berliner Fabrikat

Herren-Wollhüte 2<sup>90</sup> 3<sup>90</sup>  
gute Formen und Farben

Ein Posten Herren-Gummimäntel 12<sup>50</sup>  
Schläpferform, mit 19<sup>50</sup> 17<sup>50</sup> guter Gummierung

# HERMANN TIETZ



# Kloster Zinna

## Im Ruthetal.

Vom Anhalter Bahnhof bringt uns der Fernzug in anderthalbstündiger Fahrt nach Luckenwalde. Sonntagsrückfahrkarte IV. Klasse 2,20 M., III. Klasse 3,40 M. Die bereits 932 erwähnte wendische Burg, deren alter Bergfried am heutigen Marktplatz erhalten geblieben ist, war eine jener Festen, die das Vordringen der Deutschen in den Teltow erschwert; sie gehört zu den Ruthenburgen. Die vom Fläming zur Havel eilende Ruthe, an der Luckenwalde liegt, begrenzt den Westrand des Teltow; ihre breite Niederung, die in jener Zeit viel kumpfiger und schwerer übersehbar war, ist die natürliche Grenze gegen die westlich vom Teltow gelegenen Lande. Erst 1160 wurde Luckenwalde durch Albrecht den Bären erobert. — Vom Bahnhof wandern wir durch die Bahnhof- und Wilhelmstraße und über den Haag, eine schöne Promenade, zum Marktplatz, dann durch die Zinnaer Straße und den Rühlengweg hinunter zum Eis-Tal, einem prächtigen Laubwaldgebiet, das von mehreren Armen der Ruthe durchflossen wird und oft an Bilder aus dem Spracewald erinnert. In etwa einer halben Stunde kommen wir nach Kolzenburg. Wir verlassen den Ort in nordwestlicher Richtung, überschreiten die Ruthe bei der Siedlung Lindenberg und biegen an der nächsten Weggabelung links ab. Unser Weg führt uns unmittelbar am Rand der von der Ruthe durchflossenen Niederung weiter. Rechts dehnt sich die große Forst Zinna aus. Schließlich erreichen wir die alte Zinnaer Straße, kurz vor der Ruthebrücke Lyster Dnk. Hier soll der Sage nach der Ritter Hans von Hake den Ablasskramer Teitel überfallen und beraubt haben, nachdem er sich vorher von ihm einen Ablass für die in den kommenden 24 Stunden zu begreifenden Sünden gekauft hatte. — Die Straße bringt uns weiter durch Wald zur Chaussee, auf der wir in einer halben Stunde das Gut Raltenhausen bei Zinna erreichen.

## Kloster Zinna.

Eins der ältesten märkischen Baudenkmäler ist das Kloster Zinna. Es wurde von dem mächtigen Erzbischof Wichmann von Magdeburg, der Albrecht den Bären bei der Unterjochung der Wenden geholfen, im Jahre 1170 gegründet. Das Dorf Zinna, nordwestlich von Jüterbog gelegen, mußte ein Stück Land hergeben,

auf dem von Zisterzienser Mönchen das Kloster Zinna angelegt wurde. Die Zisterzienser gehörten zu jenen Orden, die neben der Ausbreitung der christlichen Lehre sich auch die Verpflanzung westlicher Kultur und Fortschritte im Ackerbau angelegen sein ließen. Deshalb legten sie ihre Klöster in Gegenden an, die noch nicht eng besiedelt waren (z. B. Lehnin und Chorin). Im Gegensatz zu anderen Orden (Dominikaner, Franziskaner), die ihre Klosterbauten innerhalb der Stadtmauern errichteten und hier Almosen erheischten (Bettelorden). — Schon nach neun Jahren (1179) wurde das Kloster jedoch von den Pommern, die den Wenden verbündet waren, zerstört. Bald wurde es wieder neu aufgebaut und gelangte zu großer Macht. Unter seine Herrschaft kamen Luckenwalde und viele Dörfer, sogar Rüdersdorf. In Regel bei Rüdersdorf bestand ein Feldkloster, das mit Mönchen aus Zinna besetzt war. Sehr wahrscheinlich sind die Zinnaer Zisterzienser, wenn auch nicht die Entdecker und ersten Benutzer, doch gewiß die ersten gewesen, die die Ausbeutung des Rüdersdorfer Kalksteins in größerem Umfang betrieben haben. In dem Landbuch Kaiser Karls IV. vom Jahre 1375 bis 1377 wird gesagt, daß die Mönche den Ertrag des Kalkberges nicht hätten angeben wollen. Hiernach müssen die Kalksteinbrüche schon vor dem Jahre 1375 in Betrieb gewesen sein. Seit dem Schluß des 14. Jahrhunderts wurden die Lehre und Diener der Kirche sehr weltlich und schwelgerisch, indem sie sich den Großen der Welt und ihren Lüsten zuwendeten. Die Religion galt ihnen nur noch als ein Mittel zum Geldverdienen. Sie wurden, wie der Gerichtsschreiber von Jüterbog sich ausdrückt, faule Bäume, die, vereint mit den Weltmenschen aus dem hohen Stande, nur darauf sann, den Fleiß der untergeordneten und unterdrückten Stände zur Befriedigung ihrer Sinnlichkeit und den üppigsten Prassereien und schamlosesten Schwelgereien auf das vollständigste auszubeuten. 1547 war die Herrlichkeit vorüber, Kloster Zinna wurde Domäne des Erzstiftes Magdeburg. 1680 kam es an Brandenburg. — Die Abtei, das spätere Fürstentum, ist heute das Rentamt, das Stiechenhaus die Pfarrei. Besonders schön ist der prächtige Ziergiebel der Abtei. Die Klosterkirche stammt aus dem 13. Jahrhundert; sie gehört zu den wenigen Baulichkeiten der Mark, die den romantischen Baustil zeigen. Der Dachreiter ist erst später aufgesetzt worden. Aus mächtigen Granitfindlingen sind die Mauern errichtet; sie haben den

Stürmen der Jahrhunderte gut standgehalten. Das Innere zeigt bemerkenswerte alte Holzschneidereien am Chorgestühl sowie alte Glasmalereien in den Chorfenstern und den ältesten Grabstein (Abt Rilolaus, 1401). Um das Kloster herum ist ein Marktflecken entstanden. In der Mitte des 18. Jahrhunderts wurden hier Oberlausitzer Weberfamilien angesiedelt. Auch heute noch verrät der Ort die Merkmale einer Kolonisteniedlung.

## Nach Jüterbog.

Vom Kloster Zinna wandern wir auf der Chaussee in 1/2 Stunden zum alten Zinnaer Tor von Jüterbog. Ein Rundgang durch die alte Stadt zeigt uns schmucke, saubere Straßen und anheimelnde Plätze, auf denen sich mittelalterliche Kirchen- und Klosterbauten erheben. Ein prächtiger Rundblick bietet sich von der Plattform der Türme der Pfarrkirche, die durch einen Bogen verbunden sind. Diese Türme sind bestimmend für das Stadtbild Jüterbogs. Von anderen Aussichtspunkten, wie z. B. dem Radeburger Dom, kann man Jüterbog an seinen eigenartigen Türmen erkennen. Durch die Große Straße kommen wir zum Neumarkter Tor, alsdann über die Ruthe nach dem Borort Neumarkt. Dieses Dorf, ein Runddorf, war eine Ruhestätte der Wenden. Die alte romanische Granitquaderkirche mit gotischem Chor steht an der Stelle des alten Wendentempels. Die Eroberer errichteten oft die christlichen Kirchen an Orten, die den Bewohnern heilig waren. Dadurch wurde der Wechsel im Aneben der Gottheit wohl weniger empfunden. Durch das Dammtor verlassen wir die eigentliche Stadt. Das Tor ist das schönste der erhaltenen drei Stadttore. An ihm befindet sich, ebenso wie an den anderen beiden Toren, eine Keule und die Inschrift: „Wer seinen Kindern gibt das Brot und leidet niemals selber Not, den schlaue man mit der Keule tot“. — Vor der Dammtorstadt liegt rechter Hand der abgetragene Schloßberg, auf dem noch geringe Spuren von Fundamenten der Burg sichtbar sind, auf der bis in das 17. Jahrhundert hinein die magdeburgischen Vögte wohnten. In kurzer Wanderung erreichen wir den Bahnhof, von dem aus wir die Heimfahrt antreten. Fahrkarte bis Luckenwalde lösen. Weglänge (ohne Besichtigungen) etwa 22 Kilometer.

## Der Wobblj.

Von B. Traven.

Copyright by Buchverlag-Verlag, Berlin und Leipzig.

Wenn man annimmt, daß man nicht beobachtet wird, hält man dem armen Tier den Revolver ans Ohr. Dann aber muß man laufen. Mitleid an Tieren üben ist kostspielig. Ich habe einmal einem Esel, der neben dem Bahngleis lag im Busch, und dem eine Hufe abgefahren war, eine Schüssel mit Wasser gebracht, als die Sonne im Mittag stand. Die dankbaren Augen des Tieres sind mir unvergesslich. Aber ob ich es ein zweites Mal tun werde, wenn Hütten nicht weit entfernt sind, weiß ich nicht. Am Abend, als die Sonne unterging, starb das Tier. Es hatte auch noch innere Wermutungen. Ich stand in der Tienda und trank eine Limonade. Da kam ein Halbblut rein und sagte zu mir: „Der Esel da drüben gehört mir. Sie haben ihn heute mittag vergiftet Wasser gegeben. Der Esel ist jetzt tot. Sie werden mir den Esel bezahlen. Sie haben ihn vergiftet. Sie haben ja hier den ganzen Nachmittag zu den Leuten herumgezählt, es sei eine Schmach, daß man dem Tier nicht einen Erlösungsschub gebe.“

Das Wasser war natürlich nicht vergiftet, denn ich hatte es aus dem Trinkwassertank der Familie des Tiendabesetzers genommen. Und der Besitzer der Tienda bestätigte das auch dem Halbblut. Dieser Bursche wußte natürlich recht gut, daß ich dem armen Tier kein Gift gegeben hatte. Schließlich einigten wir uns, daß ich ihm fünf Belos für seinen Esel bezahlte und eine Flasche Bier und ein Bäckchen Tabak. Wenn nicht der Tiendamann und einige Indianer, die in der Kantine waren, mir beigegeben hätten, wäre mein angewandtes Mitleid eine teure Sache geworden.

Entlang der Gleise hocken die Geier in Schwärmen und warten auf die Beute. Sie begnügen sich auch mit Katzen, Hunden, Schweinen. Weite Strecken dient das Bett der Eisenbahn ganzen Maultier- und Eselkaramanen als Straße, weil die Straße, die nebenher führt, oft nicht mehr zu finden ist, denn der Dschungel oder der Busch hat sie verschlungen.

Die Bahn hat nur ein Gleis. Etwa je fünfzig Kilometer voneinander entfernt sind große Wasserbauten errichtet, wo die Lokomotiven wieder frisch aufgefüllt werden können. An vielen Stationen wird kaum gehalten, besonders wenn keine Reisenden aussteigen oder einsteigen. Dann steigt nur der Postfach heraus und der andere wird hineingepfeffert. Auch

die Eisblöcke, die in Säcke eingepackt sind und festumpackt mit Hobelspanen und Sägespänen, um das Eis vor dem Zerschmelzen zu schützen, werden einfach hinausgeschleudert. Der Empfänger wird sich schon darum kümmern.

Die Fahrkarten kann man auf den Stationen kaufen oder im Zuge. Kauft man sie im Zuge, muß man fünf- bis zwanzig Prozent mehr zahlen. Diesen Aufschlag braucht man nicht zu zahlen, wenn die Station keinen Fahrkartverkauf hat. Viele Stationen brauchen nach fünf Uhr abends keine Karten zu verkaufen, damit sie nach Eintreten der Dunkelheit kein Geld im Gebäude haben, was den Agenten das Leben kosten kann. Auch in diesem Falle wird im Zuge nur der Normalpreis erhoben. Die Karte wird einem nach einer Weile im Zuge wieder abgenommen, und der Schaffner steckt einem ein kleines Kärtchen in das Hutband, auf das er die Kilometerzahl geschrieben hat. So hat er seine Gäste alle unter schöner Kontrolle.

Die Soldaten sitzen meist mit ihren Besessenen da, in denen sie buchstabiieren. Sie sind ausschließlich Indianer und können nur in ganz seltenen Fällen lesen und schreiben. Aber sie haben einen brennenden Ehrgeiz, es zu lernen. Einer hilft dem andern, und wenn der eine nur gerade gelernt hat, wie man „eso“ schreibt, so ist er ganz aufgeregt, es seinen Kameraden auch zu lehren.

Um acht oder halb neun wird zum Frühstück gehalten auf einer Station, die schon eine belebte Stadt genannt werden darf. Wir stiegen aus und gingen in das Bahnhofskafé. Natürlich wieder ein Chineser. Wenn man doch endlich mal ein Restaurant finden möchte, das keinem Chinesen gehört.

„Da wundern sich die Leute noch“, sagte Mr. Pratt, während uns chinesische Kellner den Kaffee und die gebadenen Eier mit Schinken hinstellten, „daß die Anti-Chino-Bewegung hier in dem Lande, wo man sonst keinen Rassenhaß kennt, immer größeren Umfang annimmt. Aber jedes Restaurant, das sie nur ergattern können, erwerben sie, und gierig warten sie auf jeden Neuen, der Pleite machen muß, weil er sich gegen sie nicht halten kann. Sie nisten sich ein wie Ungeziefer. Sollen sich nicht wundern, wenn das mal eine blutige Nacht gibt.“

„An der Pazifikküste habe ich eine erlebt“, erzählte ich ihm. „Kostete achtundzwanzig Chinks das Leben. Und niemand wußte, wer es getan hat. Aber sie sind nicht gegangen. Sie übernehmen das Risiko.“

„Das ist es ja eben“, erwiderte Mr. Pratt, „was ich mit Ungeziefer jagen wollte. Sie sind wie die Läuse.“

Wir standen auf, zählten und gingen ein wenig auf dem Bahnsteig spazieren. Dutzende von Händlern liefen herum und boten alles mögliche an, von dem man nicht glauben möchte, daß es auf Bahnsteigen angeboten werden könnte. Papageien, junge Tiger, Tigerfelle, lebende Riefeneidechsen, Blumen, Singvögel, Apfelsinen, Tomaten, Bananen, Mangos, Ananas, Zuckerrohr, landierte Früchte, zerbröckelnde Schokolade, Tortillas, gebratene Hühnchen, geröstete Fische, getrocknete Riefentrebse, die in ihrer runden, spinnenähnlichen Gestalt grauenerregend aussehen, aber sehr gut schmecken, Flaschen mit Kaffee, mit Zitronenwasser, mit Pulque, Zerlumpte und barfüßige Indianermädchen liefen am Zuge entlang und boten sich als Dienstmädchen und Köchinnen an.

Es ist für die zwanzig oder dreißig Minuten, während der Zug hier steht, ein Leben auf der Station wie auf dem tollsten Jahrmarkt. Der Gegenzug kommt meist am Abend hier vorbei, aber da warten die Gäste schon auf die nahe Großstadt und sind müde und abgelenkt von der Fahrt. Während der übrigen Zeit des Tages ist eine solche Station, die augenblicklich sinnverwirrend erscheint, totenstill. Sie glüht müde in der Sonne. Nur die Güterzüge bringen ein wenig Bewegung unter die Beamten; aber alles ist träge und schläfrig. Das Leben ist konzentriert auf die zwanzig Minuten am Morgen. Wer in diesen zwanzig Minuten sein Geschäft nicht gemacht hat, muß diesen Tag aus seinem Leben streichen.

Mittags kamen wir in eine größere Station, wo der Zug etwa vierzig Minuten für Mittagessen hielt. In der Bahnhofswirtschaft — richtig, wieder Chinesen — standen an mehreren großen Tischen schon dreißig Gedecke bereit. Die halbe Anzahl der Teller war schon mit Suppe gefüllt. Mit einem raschen Blick hatte der Inhaber heraus, auf wieviel Gäste er rechnen könne. Manche aßen kein Diner, sondern sie ließen sich nach der Karte bedienen. Sie kamen schlechter dabei weg. Die Portionen waren weder größer noch besser, aber teurer, als wenn sie im Diner gingen.

Dann kam der lange, der ermüdend lange Nachmittag der Fahrt. Der Zug kaufte immer durch die gleiche Landschaft. Dschungel, Prärie, Busch. Der Gegenzug, der hier an der Mittagsstation kreuzte, hatte die Morgenzeitungen der entgegengesetzten Stadt mitgebracht. Sie wurden im Zuge verkauft. Man konnte sonst noch alles Mögliche im Zuge haben. Bier, Wein, Limonade, Schokolade, Früchte, Süßigkeiten, Zigaretten, Zigarren. Alle Getränke waren geist. Und wer kein Geld hatte, bekam gutes reines Eiswasser umsonst, das er sich selbst holte. (Fortsetzung folgt.)

## Der Mörder.

Leidenschaft, hemmungsloses Triebleben, Mord, Skandal, Tragödien sind in unserer Zeit Alltagsgeschichten geworden. Jemandwo sitzt auf einer Anklagebank ein Angeklagter, dessen Eifersucht ihn zum Mörder seiner Frau gemacht hat. Jemand einer... Großstadttyp. Frühgereift. Durch die Inflation selbstständig geworden. Einer, der „mir und mich“ wörtlich und praktisch nie unterscheiden konnte. In der Blütezeit fauler Geschäfte zu seinem Vorteil. Raum vorgebildet, wurde er „Bankbeamter“. Elegante Garderobe, Kamas, Pelze, Schmuck in allen Schikanes für das einmal notwendige „Weibchen“. Nun wurde sie „Dame“ und auch gefällig seine Frau. Ein hübsches Vörochen und gesellschaftliche Anpassungsfähigkeit. Da kam der Sturz aus allen Träumen und Himmeln, die — Pleite. Ohne Eleganz, ohne Frack glaubte er nun nicht mehr leben zu können, also wurde er Gelegenheitskellner. Sie arbeitet als Friseurin in einem ersten Salon, in dem viele und verdohnte Herren das lebensnotwendige Bedürfnis verspüren, ihre „jarten“ Hände von noch zarteren Händen manicüren zu lassen... Und mit dieser Arbeit ernährte sie ihn. Mit der Ehe stimmte es nicht. Von Anfang an. Die Kertze bezeichneten ihn als stark homosexuell. „Sie“ blieb nach seiner Ansicht für ihn stets die fast unberührte Schönheit... Das hässliche Unnatür wurde zum Haken, seitdem das Geld knapp wurde. Eines Nachts wurde er hellsehend. Sie kam eine ganze Nacht nicht nach Hause. Und als sie heimkehrte, erschau er sie. Ohne Affekt, wohlüberlegt. Dafür sitzt er in Haft. Trotz der Sachverständigenurteile wird man ihn verurteilen. Nicht einmal von moralischer Notwehr kann ja gesprochen werden, denn keine Ehe war für ihn keine Herzensangelegenheit. Grelle Streiflichter wirft sich ein Füll auf die Eheverhältnisse unserer Zeit. Verantwortungslos wird nur zu oft geheiratet. Ebenso trennt man sich, wenn nicht im Guten, so mit Gewalt. Der rechte Sinn einer Ehe ist für viele unverständlich geworden, sie entwürdigte sie zu einem alltäglichen Geschäft oder zur Versorgungsanstalt, in der einer bestimmt ausgebeutet wird. Und nur darüber fällt der Richter Urteile...

## Die Verzweiflungstat einer Ehefrau.

### Eine verdorbene Silvesterfeier.

Neuerst milde Richter fand Frau K. in Reutköfen, als sie sich wegen einer schweren Anklage zu verantworten hatte. So harmlos, wie die Sache ausging, sah sie anfangs nicht aus. Es lag der Verdacht eines Mordversuches vor, und auch die Anklage lautete auf vorsätzliche schwere Körperverletzung und auf Nötigung. Das Gericht verneinte jedoch die Nötigung — der Ehefrau könnte nicht das Recht abgesprochen werden, ihren Mann für sich behalten zu wollen —, desgleichen verneinte es auch die vorsätzliche schwere Körperverletzung, nahm jahrlässige an und stellte das Verfahren ein, da wegen dieser keine Anklage erhoben worden war. blieb noch unbefugter Waffenbesitz. So wurde ihr Revolveranschlag auf den Ehemann mit einer Geldstrafe von 20 Mark quittiert. Wie aber, wenn einer der vier Schüsse nicht eine geringe Gesichtsoberletzung verursacht hätte, sondern tödlich gewesen wäre? Frau K. kann von Glück reden...

So hatte die hysterische Angeklagte milde Richter gefunden, die man in ähnlichen Fällen auch anderen Frauen wünschen möchte. Und sie hatte wahrhaftig keinen Grund zum Schließen und war durchaus nicht im Recht. Im Jahre 1920 hatte sie geheiratet. Anfangs ging es ganz gut. Dann stellte es sich aber heraus, daß die Eheleute in mancher Hinsicht nicht zueinander paßten. Sie besaß ein verhältnismäßig viel zu leidenschaftliches Temperament. Kinderlosigkeit kam hinzu. Auch war sie äußerst launisch. Himmelhoch lachend zum Tode betäubt. Das Verhältnis wurde elendermaßen getrübt. Es verschlimmerte sich noch mehr, als sie glaubte, Grund zur Eifersucht zu haben. Allmählich entstand eine Entfremdung, die durch den Umzug des Ehemannes nach einer rheinischen Stadt noch verstärkt wurde. Schon früher war über Scheidung gesprochen worden. Ihr Mann hatte auch ein junges Mädchen kennengelernt, in dem sie eine Rivale vermutete. So ging es lange hin und her. Ihre Stimmung wurde immer gereizter. Sie suchte einen Arzt auf, vertraute sich einer Freundin an. Ihre Fassungslosigkeit nahm immer mehr zu. Schließlich sollte eine Aussprache herbeigeführt werden. Sie fand auch statt. Trotzdem sollte es bei der Scheidung bleiben. Sie hatten sich verabredet, sich am 31. Dezember nochmals zu treffen. Er sollte sie zu einer Unterredung auffuchen. Sie machte große Vorbereitungen zu einer gemeinsamen Silvesterfeier. Als er aber kam, sah sie, daß alles aus sei, so geschäftsmäßig kühl behandelte er sie. Da kam sie außer sich. Als er sich zum Gehen wandte, griff sie zum Revolver, schoß auf ihn, ließ ihm auf der Treppe nach, schloß wieder, dann brach sie zusammen. Hinterher behauptete sie, nicht zu wissen, wie alles über sie gekommen sei. Der Mann trug ihr aber die Schüsse nicht nach, er schickte ihr am selben Tage noch ins Polizeipräsidium Schokolade und Obst. Drei Wochen sah sie in Haft. Später wurde auch die Scheidung ausgesprochen. Heute hat sie sich bereits beruhigt. Vielleicht haben die Schüsse mit dazu beigetragen. Ja, Frau K. kann von Glück sprechen. Sie hat milde Richter gefunden. Es kam heute weder zum Eintritt in die Beweisaufnahme noch zur Anhörung des Sachverständigen. Sie allein sprach und verteidigte sich. Ihr Verteidiger war sicherlich auf einen so leichten Sieg nicht gefaßt.

## Der liebe Landmann.

Eine Frau traf im Treptower Park einen Mann von etwa 35—40 Jahren, den sie an seiner plattdeutschen Sprache als einen Landmann erkannte. Im Laufe des Gesprächs erging sich der Fremde in düsteren Prophezeiungen, daß eine zweite Inflation bevorstünde und lehte die geschäftsunkundige Frau darauf in Schreden, wie sie ihre Ersparnisse in Höhe von 1700 M. wohl am sichersten unterbringen könnte. Mit Hinweis auf die großen Verdienste, die Aktienbesitzer in der Inflationszeit gehabt hätten, erbot sich der Mann, der Frau für ihr Geld Aktien der Warenkreditbank zu beschaffen, die sie jeder Sorge entheben würden. Die Frau ging auf das Anerbieten ein, ließ nach ihrer in der Nähe gelegenen Wohnung, holte die langsam ersparten 1700 M. und bündigte sie dem Landmann aus. Er versprach, am nächsten Abend an derselben Stelle auf sie zu warten und die Aktien mitzubringen. In unbegreiflicher Vertrauensseligkeit ließ die Frau ihn gehen und wartete natürlich am nächsten Abend vergeblich auf ihn. Nach Anzeigen, die bei der Kriminalpolizei eingelaufen sind, hat sich der Gauner auch bei anderen Frauen in der gleichen Weise betätigt. Zuweilen gab er sofort für das Geld Aktien einer Bank, die längst zusammengebrochen ist. Mitteilungen zu seiner Ergreifung an die Inspektion F. 6 der Kriminalpolizei im Polizeipräsidium.

## Am hellen Tage.

Mit beispielloser Dreistigkeit gingen Einbrecher in der Friedrichstraße zu Werke. An der Behrenstraße liegen die Schneiderwerkstätten eines großen Konfektionshauses. Während der Zeit von 4½ bis 5½ Uhr nachmittags hatten die Angestellten ihre Kaffeepause und schlossen, da alle sorgigen, die Räume ordnungsmäßig ab. Als sie zur Arbeit zurückkehrten, fanden sie das eine Sicherheitsloch mit Bleistift geöffnet, das zweite mit einer Brechstange gewaltsam erbrochen. Aus den Räumen waren für 10000 M. Herrenstärkung aller Art, durchwegs ausgelagerte Ware, gestohlen. Die Einbrecher müssen die höchst schandliche Abwesenheit der Leute benutzt haben. Die umfangreiche Beute können sie nur in einem Führer fortgeschafft haben. Da nach der Verkehrsordnung ein Halten von Fuhrwerken in der Friedrichstraße nicht gestattet ist, so haben

sie ohne Zweifel die Sachen in die Behrenstraße getragen und sie dort verladen. Mitteilungen von Passanten, denen vielleicht ein Wagen mit Stoffen um die angegebene Zeit aufgefallen ist, erbittet Kriminalkommissar Braunschwig, Dienststelle B. 5, im Polizeipräsidium.

## Was die „Rote Fahne“ verschweigt.

Von der ersten bis zur letzten Zeile ist die „Rote Fahne“ angefüllt mit Schimpereien gegen die Sozialdemokratie. Was auch auf Gottes weitem Erdenrund passiert, alles muß herhalten, um nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie der schlimmste Feind der Arbeiterschaft ist. Es hat keinen Zweck, alle die Lügen zurückzuweisen. Bei der „Roten Fahne“ ist es gleich bezeichnend sowohl, was sie mitteilt, wie auch, was sie verschweigt. In ihrer Freitagnummer baut sie einen ganzen Leitartikel auf der erlogenen Behauptung auf, die von der Sozialdemokratie eingebrachte neue Berliner Grundsteuerordnung mit sozialer Staffelung sei bereits im Magistrat gescheitert und nicht einmal dem Oberpräsidenten zur Genehmigung vorgelegt. Für die „Rote Fahne“ genügt es, wenn bürgerliche Blätter, die erklärte Gegner dieser Reform sind, sich gegen die neue Ordnung aussprechen und über ihr Schicksal vollkommen falsche Behauptungen aufstellen. Auf der anderen Seite hält sie es nicht für notwendig, ihren Lesern mitzuteilen, daß die Aktion der Berliner Sozialdemokratie auf Erhöhung der von der Stadt in diesem Jahre auszubehaltenden Mittel für Wohnungsneubau den Erfolg gehabt hat, daß auch der Berliner Magistrat einer Auswirkung von 25 Millionen Mark zugestimmt hat. Das dürfen natürlich die Leser der „Roten Fahne“ nicht erfahren. Das wäre für sie genau so schädlich, wie wenn sie etwa erfahren würden, was der Rostauer Kommunalrat, der doch über ganz andere politische und wirtschaftliche Mittel verfügt, als die in einem kapitalistischen Staat lebende Berliner Stadtverwaltung selber für den Wohnungsbau nichts tut. Wie wäre es, wenn die „Rote Fahne“ einmal mitteilen würde, wie häufig die Leistungen der Rostauer Stadtverwaltung auf diesem Gebiete sind? Wie wäre es ferner, wenn sie einmal einen Bericht über die ununterbrochenen Mietssteigerungen, die jetzt auch in Rostau vorgenommen werden, bringen würde? Wir würden gar nicht verlangen, daß sie diese Vergleiche vorne auf der ersten Seite ihrem demagogischen Angriffen gegen die Berliner Sozialdemokratie gegenüberstellen. Wir würden vollständig zufrieden sein, wenn sie es im kleinsten Druck im hintersten Winkel verstreut mitteilen würde.

**Die täglichen Wasserfälle.** Das Wasser der Flüsse und Seen im Bereich Berlins, mahin bei dem warmen und sonnigen Wetter der letzten Tage viele Tausende hinausfahren, um Erholung zu suchen, fordert beinahe täglich seine Opfer. In den meisten Fällen sind die Unfälle auf Unvorsichtigkeit und Baden an verbotenen Stellen zurückzuführen. So ertranken gestern nachmittag gegen 3 Uhr oberhalb des Freibades Oberschöneweide zwei hintereinander zwei Männer, deren Personal noch nicht feststeht. Die Leichen konnten bisher vom Reichswasserschutz noch nicht geborgen werden. — Auf dem Tegeler See bei Hakenfelde lenkte durch starken Wellenschlag eines Dampfers ein mit drei Personen besetztes Ruderboot. Die Insassen fielen ins Wasser, konnten aber glücklicherweise von hinzueilenden Wasserpolizisten gerettet werden.

**Tödlicher Unfall auf der Koubahn.** Auf der Koubahn sind in der Nähe der Südbahnhof zwei Rennfahrer gestern nachmittag zusammengefahren. Ein Fahrer ist tot. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

**Der Hauptausflug für Arbeiterwohlfahrt E. B.** hat seine Bureauräume von der Lindenstraße 3 nach Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 7/8, verlegt. Der neue Telephonanschluß hat die Nummer Amt Dönhoff 8188.



Der Brahms-Abend brachte eine Auswahl schöner Kammermusik- und Gesangsvorträge. Nora Bisling-Boas entwickelte zwar keinen großen, aber doch recht kultivierten Sopran, der namentlich bei dem lebendigen Vortrag der Volkslieder zur Geltung kam. Das Mahfke-Trio aber brachte mit dem II. Dur-Trio Opus 8 ein außerordentlich charakteristisches Frühwerk des Komponisten, das eine interessante Ergänzung fand in dem Trio Opus 114 A-Moll für Klarinette, Cello und Klavier, das Alfred Richter, Adolf Steiner und Rudolf Schmidt ausgezeichnet spielten. Auch das Nachmittagskonzert, das Rubinstein und Tschakowsky gewidmet war, brachte erstaunlich gute Darbietungen. Villy Dreysfus, die auf dem Konzertpodium längst verdiente Lorbeeren erntete, sang Lieder der russischen Komponisten. Ihre volle, tragende Altstimme erwies sich als außerordentlich geeignet zur Funktion. Prof. Oskar Wappenschmitt begleitete die Sängerin am Flügel mit feiner Einfühlungsfähigkeit. Klavierwerte der beiden Meister spielte ausdrucksvoll Prof. Josef Weiß. — Des Todestages Charlotte von Schillers, der sich gestern zum hundertsten Male jährte, gedachte Dr. Hanns Martin Elster in einem Vortrage, der verständnisvoll, wenn auch etwas reichlich mit Superlativen durchsetzt, die Lebensgefährtin des großen Dichters zeichnete. Auffallend sprach vorher Dr. Olga Stieglitz über „Rachschaffen und Genießer der Tonkunst“. Mit den meist im besten Sinne populären medizinischen Vorträgen, die der Berliner Sender in Vorkäufen bietet, hat er die Aufgabe des Rundfunks, ein Mittel zur Volksbildung zu sein, richtig erfasst. Auch das Thema „Desinfektion“, das Prof. Dr. Scigmann behandelte, erschoß das Verständnis für eine vielfach falsch verstandene und oft vernachlässigte hygienische Maßnahme in dankenswerter Weise.

## Das Rundfunkprogramm.

### Sonnabend, den 10. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
12 Uhr mittags: Die Viertelstunde für den Landwirt.  
4.30 Uhr nachm.: Frits Karstedt: „Das Geheimnis der Wildenburg“. 5—6.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Sponnowski. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 7 Uhr abends: Leopold Lehmann: „Ein Tag beim Reichspräsidenten“. 7.25 Uhr abends: Dr. Hugo Eckener: „Die Bedeutung der Luftschiffahrt“. 7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschule für Musik). Abteilung Philosophie. Dr. phil. et med. Max Dessior: „Das Schaffen des Künstlers“. 8.30 Uhr abends: Eine Havelfahrt. Ein Hörspiel. Regie: Alfred Braun. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesschnitzungen, Zeitansage, Wetterdienst, Sportschnitzungen, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Korbach. Leitung: Kapellmeister Otto Korbach).

### Königswusterhausen, Sonnabend, den 10. Juli.

1.10—1.40 Uhr nachm.: Volkstheater zur Laute: Elsa Gragori: Musikalische Darbietungen für Schüler. 3—3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurschrift. 3.30—4 Uhr nachm.: Dr. W. Grabert: Einwirkung und Rückwirkung der treibenden, grundlegenden Kräfte in der Geschichte des französischen Volkes. 4—4.30 Uhr nachm.: Dr. W. Grabert: Die literarische Entwicklung Frankreichs als Ausdruck französischer Wesensart. 4.30—5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5—5.30 Uhr abends: Else Stoup: Jungmädchenbücher. 8.30 Uhr abends: Uebertagung aus Hamburg.

## Elddambruch bei Coswig.

### Tausend Morgen Kulturland vernichtet.

Während in den meisten bisher von Hochwasser betroffenen Gegenden ein Sinken des Wasserstandes festgestellt werden kann und die betroffene oder gefährdete Bevölkerung wieder anfangen aufzuatmen, hat die neue Hochwasserwelle der Elbe an der anhaltischen Grenze wiederum Unheil gebracht. Unmittelbar bei der Stadt Coswig in Anhalt hatte man schon am Donnerstag nachmittag festgestellt können, daß der Eldamm, der das sogenannter Coswiger Zug schützen soll, vom Hochwasser unterpült zu werden und nachzugeben drohte. Trotz der sofort einsetzenden Arbeiten an dieser gefährdeten Stelle entstand hier in der Nacht zum gestrigen Freitag ein Bruch in einer Breite von etwa 30 Metern, durch den das Wasser mit rasender Schnelligkeit in das Zug einströmte. Etwa 1000 Morgen wertvoller Wiesen und Getreidefelder, die größtenteils Kleinbauern und Arbeitern gehören, sind vernichtet worden. Seit dem gestrigen Freitagabend ist ein langsames Fallen des Hochwassers der Elbe zu verzeichnen.

## Unwetterkatastrophe bei Leipzig.

Von einem schweren Unwetter ist die gesamte Wurzenener Gegend bis vor die Tore Leipzigs in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag betroffen worden. Ein furchtbarer Wolkenbruch ging abends nieder und legte das Dorf Wackeren völlig unter Wasser. Gegen Morgen ist der Eisenbahndamm auf einer Strecke von etwa 150 Metern in Bewegung geraten. Die Eisenbahnstrecke Leipzig—Wurzen steht bis zu einem Meter unter Wasser, so daß der gesamte Eisenbahnverkehr durch Grimma geleitet werden mußte. Die Felder und Fluren sind vermintet. Der Deichdamm der Völschüler Teiche wurde nachts gegen 2 Uhr von den Wassermassen durchbrochen, die sich in 10 Meter Breite auf das Dorf stürzten. Das Besitztum des Mühlbesizers Fischer wurde vollständig überschwemmt. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Ein Wohnhaus stürzte in sich zusammen. Die zum Rittergut Büchau gehörenden Waldungen sind auf breite Strecken hin meterhoch überschwemmt. Die Wasserströme und Wege sind unpassierbar gemacht. Sehr viel Kleinwühl ist ums Leben gekommen. Die Amtshauptmannschaft Leipzig hat Vertreter in das Ueberschwemmungsgebiet geschickt, um den Schauspiel der Katastrophe zu befechtigen.

**Schnee in Italien.** Aus Ravenna wird gemeldet, daß in Valle Normazza in größerer Menge Neuschnee gefallen ist. Bei den Wasserfällen von Toggia hat der Schnee eine Höhe von 50 Zentimeter bis 2 Meter erreicht. Die Temperatur ist stark gesunken. Aus Oberitalien werden Schneefälle aus Domodossola und im Abbdatal gemeldet. Die Flüsse Piava, Raviglio, der Po und andere zeigen erhöhten Wasserstand, so daß man stellenweise erneute Ueberschwemmungen befürchtet.

**Unglaublicher Leichtsin.** Die Frau des Kaufmanns Prüfer in Rehfelde an der Ostbahn gab ihrem ein Jahre alten Töchterchen, um es zu beruhigen, den auf dem Tisch liegenden Revolver in die Hand. Während die Frau ihrer Beschäftigung nachging, spielte das Kind mit der Waffe herum. Plötzlich trat es ein Schuß und in die Brust getroffen sank das Kind in die Höhe. Der sofort herbeigeholte Arzt ordnete zwar noch die Ueberführung des Kindes nach dem Krankenhaus an, wo es jedoch kurz nach der Einlieferung starb.

**Berufung des Staatsanwalts im Prozeß Josephien.** Nach einer Meldung aus Breslau hat die Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil des Schwurgerichts im Fall des Amtsgerichtsrats Josephien Revision beim Reichsgericht eingelegt.

**Absturz des Postflugzeugs Amsterdam—Paris.** Gestern mittag ist das Postflugzeug Amsterdam—Paris im Bezirk Brabant abgestürzt. Die beiden Insassen, Flugzeugführer und Mechaniker, waren sofort tot. Das Flugzeug ist vollständig zertrümmert worden.

**Vom Autolastzug überfahren.** Auf dem Hamburg-Lehrter Güterbahnhof in der Heidestraße brach gestern nachmittag beim Anfahren eines Autolastzuges die Koppelstange; der Rittfahrer Wilhelm Liebig, Charlottenburg, Drosselstr. 10a, fiel herunter und kam so unglücklich zu liegen, daß der Anhänger über ihn hinwegging. Infolge der erlittenen Brustquetschung ist er am Abend im Birkow-Krankenhaus, wohin man den Verletzten gebracht hatte, verstorben.

**Eine Flasche Wein als Lotteriehauptgewinn.** Die Regierung der Pfalz hat dem Bund Pfälz. Schesselfreunde eine Schesselflotterie zur Aufbringung der Mittel für eine Schesselflotte genehmigt. Die Gewinne bestehen aus Flaschenweinen. Die beiden Hauptgewinne bilden eine Flasche Original 1865er Schesselfwein und 100 Flaschen aus 100 verschiedenen pfälzischen Weinbaugemeinden.

**Tschechoslowakische Grenzschikanen.** Man schreibt uns aus dem Rielengebirge: Eine merkwürdige Forderung des Freudenverkehrs in Zeitalter der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland liefert ein Fall auf der Uebergangsstation Gruntal-Polau im Riesengebirge. Eine Berliner fränkische Dame, die Frau eines abgebauten Beamten, hatte dort beim tschechischen Zollamt für etwas Schokolade, offene Bonbons, ein Seifenstück, Röhrenschmalz und die bekannten kleinen Reisefläschchen Utör (selbstgemacht) eine Zollstrafe von 200 Kronen zu zahlen, also von 25 Reichsmark. Sie hatte im guten Glauben dem tschechischen Beamten erklärt, sie habe nichts Zollbares.

## Sport.

### Ludwig Haymann schlägt Humbeck nach Punkten.

Der Sportpalast hatte gestern anfänglich des Borgarokampftages trotz der guten Programmzusammensetzung nicht den Besuch aufzuweisen, wie man es sonst dort von großen Tagen her gewöhnt ist. Immerhin waren etwa dreitausend Personen anwesend, die sich auf Parterredämme und Ringe verteilten. Im Mittelpunkt des Abends stand die Begegnung des deutschen Schwergewichtlers Ludwig Haymann 174 Pfund und Jac Humbeck, belgischer Schwergewichtmeister 187 Pfund. Zwei alte Rivale kamen hier im Ring zusammen, die sich im Herbst des vorigen Jahres in München nach einem harten Kampf unentschieden getrennt hatten. Mit 13 Pfund Uebergewicht ging der Belgier in den Kampf. In der ersten und zweiten Runde war Humbeck leicht überlegen, bis es Haymann in der dritten Runde gelang, aufzuholen. In der vierten Runde erschütterte Haymann seinen Gegner durch einen wichtigen rechten Herzhaken, ging aber unverständlichweise nicht nach. Auch in den folgenden Runden machte sich Haymanns Ueberlegenheit bemerkbar und trotz der wichtigen Hiebe vermochte Haymann aus fast jeder der folgenden Runden ein kleines Plus herauszuholen. Die zehnte und letzte Runde verlief sehr erbittert und Haymann brachte seinen Gegner in arge Bedrängnis. Das Urteil „Sieger Haymann nach Punkten“, das dem Kampflauf entspricht, wurde mit sehr starkem Beifall aufgenommen. Haymann hat einen vorzüglichen Kampf geliefert und gibt immer wieder den Hoffnungen Berechtigung, daß in ihm der neue deutsche Schwergewichtsmeyer zu suchen ist.

Auf der Rüt-Urena werden heute abend 8 Uhr folgende 12 Mannschaften zum 3-Stunden-Rennen am Start erscheinen: 1. Dewel-Stoddes, 2. Oster-Lich-Bulgenhagen, 3. Neger-Debrum, 4. Ostsch-V. Rohl, 5. Ruch-Nieth, 6. Ristelo-Struplat, 7. Golle-Junge, 8. Geißdorf-Michael, 9. Häubler-Tezmer, 10. Erzleben-Keimel, 11. Langardt-Eppel-Sauer, 12. Neuber-Bunt. — Den Berliner Radsporthreibern steht also auf Grund dieser Belegung hoffnungslos Sport bevor, und so dürfte die Rüt-Urena bei dem zu erwartenden kalten und warmen Wetter und bei den niedrigen Eintrittspreisen (1,25 R. bis 4,— R.) ein außerordentlich Haus sehen.

## Kameraden.

Von Peter Suhrkamp.

(Schluß.)  
IV.

Jann und Hinnert tranken Whisky, den Jann in einem Gläschen unter der Bluse trug. Sie saßen auf der Reepwinde; sie lachten nicht mehr. In ihren Köpfen wuchs langsam eine andere Auffassung über die Dinge. Der Mond war heraufgekommen und war nun richtig. Ganz schief sah Hinnert auf der Winde und sonst immer kleiner zusammen. Es war in ihm eine müde, helle Traurigkeit. Der pure Whisky half sein Teil. Gleich würde Hinnert von der Winde auf sein Gesicht fallen. Jann fühlte eine schwere Dunkelheit. Er konnte von allem nichts begreifen. Der Whisky machte es auch nicht heller.

Nach der Ablösung hastete Hinnert sehr, um in die Back zu kommen. Jann hatte es schwer, ihn einzuholen. Der rannte nun wohl vor ihm davon. Vor dem Eingang war er doch neben ihm. „Hör', Hinnert, ich werde dir etwas sagen. Sieh', Hinnert, ich werde dir sagen. — Es ist doch nicht wahr. Es ist alles Unsinn. Ich prahlte bloß.“

Sie gingen noch nicht hinein, sie saßen noch zu zweit im Saalwind und rauchend, die Nacht legte ein nasses Tuch auf jedes Gesicht. In der Nacht, in der Back, sagte Hinnert zu Jann: „Du hättest es mir doch nicht sagen müssen.“ Das waren für lange die letzten Worte zwischen ihnen.

Sie saßen noch in der Back zusammen, sie krochen noch nebeneinander in die Kasse, sie hatten noch die Wahe miteinander und tranken aus einer Flasche Whisky, aber gesprochen wurde weiter kein Wort. Vielleicht sahen sie einander nicht einmal. Derweil ging es weiter mit der gotteslästerlichen Sonne, dem Ungeziefer, den tollen Sternen, den irrsinnigen Heimatliedern, der Langeweile, und dem Rum jeden Tag gegen das Fieber. Das war jener tolle Monat, in dem an Land Menschen im grauen Staub ersticken und wie ihre eigenen Abbilder lagen, wo sie hinfielen.

V.

Von Jann und Hinnert blieb wohl gar nichts übrig. Nicht der leiseste Abdruck im Schlaf, nicht der Schatten, das haben sicher die Haie und Kote und das andere dunkle Getier besorgt. Denn daß ihre Zeit kam, war bestimmt, wenn sie beide es auch vielleicht nicht wußten. Traurig ist dabei noch, daß sie nicht einfach allem seinen Gang lassen konnten, wie es einmal so mit vielen Menschenleben ging in den Tagen, daß sie für sich einen Extratag erwählten, diese beiden alltäglichen Männer.

Seltene Nächte, die ganze Zeit. Aber was geht mich der Sternschnuppenregen in jenen Nächten an, aus dem das Schicksal dieser blöde Zufall, kommen soll; ich kann die Gesetze nicht lesen, obgleich sie mit Flammen und an den Himmel geschrieben werden. Aber leht, die Männer auf der Siroia Carmen können nicht schlafen. Sie drängen sich zusammen vor der Back, reden von ihrem Hoffen und ihren Ängsten, von den Menschen, die sie verlassen haben und möglicherweise nie mehr. . . das weitere wagen sie nicht zu sagen. . . seltsam, diese fliegenden Feuer. . . die Männer stehen und stehen. . . manchmal geht einer von der Gruppe fort, langsam und allein, und irrt da umher.

In der See von Bisapa kam das Unglück an sie. (Die Siroia Carmen lag wieder einmal still, im Kessel war ein Rohr geplatzt.) Schwerlich erinnert sich jemand eines Wetters, das so rasch heraufkam. Der leuchtende Meeresspiegel war plötzlich von einem stumpfen Hauch wie von runzligem Blei überlaufen. Am Horizont flogen weiße Wolken vor einer Brise. Im Südwesten stand ein ganzer Kontinent schwarzer Wolken. Die Sonne wurde ausgelöscht. Dann kam ein Windstoß und schlug gleich einem festen Körper auf das Deck. Im nächsten Moment heulte ein Chor melancholischer Stimmen über dem Wasser, umfurcht wühlend das Schiff. Dann wurde das Schiff an allen Enden gepackt, emporgehoben und hinabgeworfen. Wasser wurde Schnee, der in Lavinen auf das Deck schlug; Luft wurde Feuer. Gott weiß, keine Hand auf dem Schiff war mäßig in dieser Stunde; und es ging ohne Kapitän Luerfen alles in Ordnung.

Und dann stand Kapitän Luerfen auf der Brücke. Den Kopf nach hinten gebogen, die Flasche an den Rippen, aufrecht hinter der Brustung; so sahen ihn alle. Als er die Flasche absetzte, grüßte er mit spöttischem Handschwenken: „Ach, Jungs, Männer, es ist großartig; ein herrliches Wetter für ein Schiffsunglück! Es ist die reine Sünde, so schön ist es! Hier, Jungs, teinkt! Oder wollt ihr es wagen, und ohne Schnaps verkaufen!“ Während einer plötzlichen Windstille hörte die Mannschaft die Ansprache des irrsinnigen Kapitäns. Im nächsten Augenblick brüllte und sprudelte das Meer in erneuter Wut, stürzte ein Mastbaum schwer auf das Deck hin, jagte die Mannschaft in die Kabine und überredete sie, weiter keine Hand zu rühren, weil es unwürdig sei, außerdem sich nicht lohne, und daß man über alles morgen weiterreden könne.

Da war es, daß Hinnert, der angetraute Mann der Angrit, auf Deck oben anging, zu Jann, ohne das Gesicht nach ihm zu wenden, von Angrit zu sprechen: „Weil das nun so ist mit ihr und uns zwei Männern. Und weil das nun so ist mit uns beiden, daß ich hätte mit keinem brauchen sein wollen als mit Dir; und mit der Angrit schon gar nicht, nein! Aber ein Weib ist ein Weib, und was willst Du machen, wegen sowas geht nach alles vor die Hunde; das Beste noch, wegen so einem Weibstüdt! Und weil das nun so ist, und wir zwei nun auch nicht länger zusammenbleiben können, soll es ein Urteil geben. Jeder soll sein Messer werfen, und wessen Messer stecht, der hat die Angrit, und wessen Messer nicht stecht, der braucht sich nur nicht mehr anzuhalten. Ist das klar?“ „Es soll gelten.“

Beim zweiten Gang glitt die Kasse von Hinnert, rutschte die nasse Schräge hinab, und ins Wasser, indessen gitterte das Heft von Janns Messer wie eine braune Blüte über blankem Stiel. Jann fuhr auf, steil empor, und mit den Armen und mit einem Laut. In dem Augenblick war es ein klaffender Schlag und ein Schrei, und es riß den mächtigen Jungen über Bord. Jann gewann die Wette, und Jann gewann Angrit, und dann gewann die See Jann. Hinnert sprang hoch. Da war Jann schon weg. Wenn er je wieder an die Oberfläche kam, was Gott allein weiß, dann war es zehn Minuten später weit draußen. Hinnert sah, als er noch stand, Wasser, den ganzen Himmel hinauf ewig schwarzes Wasser, zum Ertrinken. Die Stimme des betrunkenen Kapitäns tönte in der Windpause. Dann hauchte es die Siroia Carmen fröhlich auf.

VI.

Die Besatzung der Siroia Carmen wurde von einem Uld-Kampfer aufgenommen. Es fehlten zwei Matrosen: Jann Plage-

## Unsere solide Industrie.



Ob auch Kutisker in der Zelle liegt,  
Ob auch sein Renommee total defekt,  
Ob vom Gericht er fünf Jahr Zuchthaus kriegt: —  
Sobald der Köder des Profits herausgesteckt,  
Umschwärmt mit Hussa ihn und Halali  
Die biedere, solide deutsche Industrie!



mann und Hinnert Lulei. Als der Dampfer seinen Kurs wieder nahm, stand die Figur eines Mannes aufrecht auf dem Rabinererschlag des Boots. Es wurde ein Boot mit fünf Mann klar gemacht, ihn zu holen. Aus einem unglücklichen Umstand zerstückte das Boot an den Planen des Bracks. Es ertranken drei Mann. Ein zweites Boot mußte ausgesetzt werden. Der Mann auf dem Brack weigerte sich, hinunterzukommen. Seine Stimme war unmenschlich, von einer resignierten Melancholie und von einer Sanftheit, daß man eine Gänsehaut bekam. Es war Hinnert Lulei. Als ein Matrose das Boot hinauffstieg, ließ Hinnert auf das Heck, bewegte seine Hände wie zum Abschied, und stürzte sich, bevor man ihn fangen konnte, hinab. Das Meer ging in matten, unruhigen Stößen. Es war ein grauer, nasser, trostloser Tag.

Mit Jann angefangen waren es fünf Mann wegen dieser Angrit. Sie war längst wieder in der kleinen Stadt an der Wesermündung von einem Matrosen geliebt. Ach, Kameraden, was wart ihr für traurige Vögel!

## Etwas vom Gefühlsleben der Tiere.

Von Gotthard Brodt.

Man ist versucht anzunehmen, daß Tiere denken können; denn fast alle Gefühle und Leidenschaft, die den Menschen eigen sind, finden wir auch bei den höher organisierten Tieren wieder. Sie äußern genau wie wir Freude und Schmerz, Zorn und Eifersucht, Stolz und Grohmut, Mitleid und Dankbarkeit.

Man kann dies fast täglich beobachten, obwohl die Feststellung selbst nicht erst eine Errungenschaft der Neuzeit ist.

Schon der römische Naturforscher Plinius erzählt, daß Elefanten, die im Zirkus zu Rom gegen Menschen austraten, mit ihren unglücklichen Opfern mehr Mitleid hatten, als die grausamen Veranstalter der Tierkämpfe. Elefanten sollen überhaupt ein sehr weiches Gemüt haben. So rettete zum Beispiel ein im Dienste der englischen Armee befindlicher Elefant einen Artilleristen vor dem Ueberfahren dadurch, daß er die Kanone, vor die der Betreffende gestürzt war, mit seinem Rüssel einfach über ihn hinweg hob.

Auch die Tatsache, daß Tiere sich gegenseitig gegen Gefahren schützen, verteidigen und auch sonst helfen, legt die Vermutung nahe, daß Tiere denken können.

Der Zoologe Brehm berichtet darüber zwei sehr interessante Fälle, die er selbst miterlebt haben will.

Eines Tages trat er in Abofanten einen Trupp weiblicher Paviane, die ein freies Feld durchschreiten wollten und nun in der schußlosen Ebene von Jagdhunden angegriffen wurden. In ihrer Bedrängnis schrien sie laut und lockten dadurch die zurückgebliebenen Männchen von den ferneren Höhen herbei, die zu Hilfe eilend, ein so heftiges Geschrei erhoben, daß die Hunde entsetzt zurückwichen. Ehe sie wieder von den Jägern zum Angriff zu bewegen waren, hatten aber die Paviane die defendenden Felsen längst erreicht und befanden sich in Sicherheit. Nur ein noch ganz junges Tier sah sich von den übrigen abgeschnitten.

In seiner Todesangst kletterte das arme Geschöpf auf einen isolierten Felsblock und schrie nochmals gellend um Hilfe.

Nun offenbarte eines der kräftigsten Männchen einen wahren Heldenmut. Ruhigen Schrittes stieg es von seiner sicheren Zufluchtsstätte herab, ging geradewegs auf den Felsblock zu, erkletterte ihn, und lockte das Junge herunter. Mit ihm zusammen lief es an den Hundes vorbei, die den beiden Tieren verblüfft nachsahen, ohne einen Angriff zu wagen, und brachte das zitternde Junge in die Gemeinschaft der übrigen zurück.

Ein anderesmal erzählt Brehm, wie sich ein junger Adler eines kleinen Affen bemächtigte, und ihn fortzuschleppen versuchte, was ihm allerdings nicht gelang. Das kleine Reifchen krallte sich nämlich an einen Baum fest und schrie so jämmerlich um Hilfe, daß die übrigen Mitglieder seiner Sippe sehr bald erschienen und dem Adler während zu Leibe gingen. Ganze Hände voll Federn tauchten sie ihm aus, und so mußte er — da er gegen eine derartige Uebermacht nicht aufkommen konnte — seine Beute fahren lassen und an seine eigne Rettung denken.

Hieraus geht hervor, daß Tiere im allgemeinen befähigt sind, Erfahrungen zu machen und sie mit Hilfe ihres Gedächtnisses praktisch — oft auch gegen den angeborenen Instinkt —, wie wir gleich leben werden, zu verwenden. Dies legt aber wieder voraus, daß in der Tierseele gewisse Vorgänge haften bleiben, die unter bestimmten Verhältnissen wieder austauschen und so das Handeln der Tiere mit verursachen. Für diese Annahme spricht auch die Tatsache, daß die Tiere träumen.

Hunde spühen im Traum die Ohren, werfen den Kopf in die Höhe, knurren und bellen. Und da der Traum die Nerven überhaupt reizt, und wohl den Wachsamkeitssinn oder die Jagdlust eines Hundes wecken kann, sind solche Reaktionen zweifellos auf Träume zurückzuführen.

Im übrigen sind auch bei Vögeln und Pferden Traumzustände beobachtet worden.

Die Tollmut der Hunde ist auch nichts anderes als das Anfangsstadium von gewissen Wahnvorstellungen, die scheinbar den menschlichen Halluzinationen ähnlich sind; denn die Hunde schnappen plötzlich ganz unvermittelt nach einem unsichtbaren Feind und bellen in der gleichen Richtung, in der sie schnappen.

Für den feinen Geruchssinn der Hunde spricht es, daß sie jeden stärkeren Geruch, wie zum Beispiel Tabakqualm, Parfümduft usw., ängstlich meiden.

Ferner ist bei den Hunden ein gewisses Reichtumsgefühl nicht in Abrede zu stellen. Auch Hunde verfügen scheinbar über das, was wir Menschen „böses Gewissen“ nennen; denn sie haben ein überaus feines Empfinden für entehrende Strafen, Bortwürfe usw. Hunde, die zu stehlen pflegen, sind den Menschen gegenüber sehr scheu, halten ihren Blick nicht aus, und zeigen auch sonst ein äußerst gedrücktes, heimtückisches Wesen. Munterkeit und Fröhlichkeit geht ihnen vollständig ab. Auf der anderen Seite aber zeigen sich Hunde für Belobigungen und gütlichen Zureden sehr empfänglich.

Was nun endlich den sogenannten sechsten Sinn bei den Hunden anbetrifft, so wollen wir uns hier lediglich darauf beschränken, die Tatsache zu registrieren, daß Hunde häufig vor Todesfällen nicht dazu zu bewegen sind, Nahrung zu sich zu nehmen. Ihr schauriges Geseul in der Todesnacht selbst ist ja sprichwörtlich geworden. Manche Hunde winseln auch andauernd vor der Zimmertür des Sterbenden, was allerdings für das Vorhandensein des sechsten Sinnes noch kein Beweis zu sein braucht.

Das Scherleim. Mit dem Worte „Scherl“ wurde schon im 12. Jahrhundert eine ganz kleine, etwa einen halben Pfennig geltende Münze bezeichnet, die ursprünglich vermutlich an Mittel- und Oberrhein gangbar war und auf die sich nach den Forschungen Schröders auch das Scherleim in der Lutherischen Bibelübersetzung bezieht. Im 13. Jahrhundert verdrängte der „scherph“ in manchen Gegenden — in Erfurt z. B. im Jahre 1289 — schon den Heller oder „helling“ und verbreitete sich allmählich über Thüringen bis nach Niederachsen, wo man den Kupferscherl alsbald auch prägte, so, in Venedig sogar bis ins 18. Jahrhundert herein. Auch Lübeck, Hamburg, Wismar und Rostock prägen ihre eigenen Scherle, während in den Gegenden Deutschlands, in denen das Scherleim nicht gangbar war, das Wort nur als Begriff eines sehr kleinen Wertes gebraucht wurde. Als solcher Begriff hat sich das Scherleim denn auch bis heute erhalten.

Häuser aus Stroh. In Frankreich gewinnt ein neues feuerfestes Baumaterial an Bedeutung, das leicht, billig, dauerhaft, schalldicht ist und aus Stroh besteht. Hierzu wird das Stroh in rechteckige Fächer gepreßt, die drei Meter auf zwei Meter groß und zwei Zoll dick sind. Der starke Druck, unter dem diese Tafeln angefertigt werden, wie auch der Gehalt des Strohs an Mineralsalzen, ergeben ein feuerfestes und sicheres Material. Der neue Baustoff trägt den Namen Solomit und wurde im vorigen Sommer weitgehend für eine Reihe von Gebäuden der Ausstellung für dekorative Künste in Paris verwendet. Er hat sich als sehr gutes Material für Seitenwände, Decken und Verkleidungen erwiesen, da er eine gute Oberfläche für Gips und Stuck bildet. Die neue Bauweise scheint vorteilhaft für Sommerwohnungen zu sein, während die Schalldichtigkeit des Materials es für Vorführungsabteile von Musikhandlungen geeignet erscheinen läßt.



# Agrarische Handelspolitik.

## Die Arbeiterschaft trägt die Kosten der großagrarischen Demagogie.

Seit fast einem Jahr drängt die Sozialdemokratische Partei auf beschleunigte Erledigung der Handelsverträge, vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß die weitere Erschließung des Weltmarktes Hunderttausenden von deutschen Industriearbeitern Arbeit geben könnte. Ebenfalls hindern fortgesetzte Intrigen, die vor allem von agrarischer Seite ausgehen, einen wirklichen Ausbau der deutschen Handelspolitik und damit die raschere Entwicklung des deutschen Exports. Sowohl das Kabinett Luther wie das Kabinett Marx haben in allen Programmen zur Behebung der Wirtschaftskrise auch den Programmpunkt „Hebung des deutschen Exports“. Was sie dafür getan haben, war bisher blutwenig. Der Russenkredit, der Zehntausenden von Arbeitern schon längst hätte Arbeit geben können, wurde durch die Quertreibereien des Bonkentrakts endlos verzögert und konnte erst in den letzten Wochen zum Abschluß gebracht werden. Ueber die Erträge der Exportkreditversicherung ist es merkwürdig still, und eine wirkliche Hilfe scheint von ihr bisher der deutschen Warenausfuhr nicht erwachsen zu sein. Im Mai dieses Jahres blieb der deutsche Fertigwarenxport hinter dem des Vorjahres um mehrere Millionen Mark zurück! Dies ist das Ergebnis der Exportförderung durch die Regierungen des Bürgerblods.

### Folgen der Wingeragitation.

Hier mußte der „Vorwärts“ bereits darauf hinweisen, wie schwere Schädigungen dem deutschen Export über ein halbes Jahr hindurch die unhaltbare und nicht zu rechtfertigende Politik der Reichsregierung in der Frage des deutsch-spanischen Handelsvertrages erwachsen ist. Zehntausende von Arbeitern mußten feiern, weil die Wingerinteressen, deren Vertretung der Reichslandbund übernommen hatte, den Abschluß eines dem deutschen Außenhandel günstigen Vertrages mit Spanien verhinderten, bis endlich ein Vertrag zustande kam, von dem die Reichsregierung selbst offen zugeben mußte, daß er den Interessen des industriellen Exports nicht gerecht wurde. Als Ergebnis der Wingeragitation wurde die Weinsteuern aufgehoben und statt dessen auf die Kaffe der Verbraucher eine höhere Umsatzsteuerlast gelegt, als sonst notwendig gewesen wäre. Außerdem erhielten die Winger einen weiteren Kredit von 30 Millionen vom Reich, von dem niemand annimmt, daß er jemals zurückgezahlt werden wird. Hinzu kamen noch besondere Kredite der Länder und weitere Steuervergünstigungen.

Insgesamt sind es damit Hunderte von Millionen, die den Wingern zugeflossen sind.

Dennoch sind die Winger noch immer nicht zufrieden und noch immer nicht bereit, ihre eigenen Interessen hinter den Interessen der Gesamtwirtschaft zurücktreten zu lassen. Das deutsch-französische Provisorium, wie es ursprünglich geplant war, ist von neuem an den Weininteressen gescheitert. Im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre war Frankreich der bedeutendste Weinförderer Deutschlands, und im Jahre 1913 importierte Deutschland aus Frankreich und seinen nordafrikanischen Kolonien über 450 000 Hektoliter Wein. Zurzeit unterliegen aber die französischen Weine in Deutschland Zollsätzen, die praktisch absperrend wirken. Diese übermäßig hohen Zollsätze wurden eingeführt, um den Wingern eine Kompensation für ihre angebliche Schädigung durch die Weinsteuer zu geben. Sie wurden aber nicht mit der Weinsteuer zusammen aufgehoben. Die Zölle hoben die Wirkung, daß der französische Weinimport nach Deutschland kaum noch ein Fünftel der Vorkriegshöhe ausmacht. Für das deutsch-französische Provisorium forderten die Franzosen nicht etwa die Zollsatzbegünstigung für ihren Weineport, sondern nur zollbegünstigte Weinkontingente. Dennoch scheiterte das geplante Abkommen am Widerstand der deutschen Weininteressen. Die Verhandlungen gingen aber weiter. Denn inzwischen kam es zum Regierungswechsel in Frankreich, und da nach dem Sanierungsprogramm Caillaux die Kosten der Sanierung durch Verbrauchssteuern und Zölle aufgebracht werden sollen, lehnt es nunmehr der neue Handelsminister ab, sich auf die Bindung von Zöllen einzulassen. Die deutschen Winger und die ihnen stets gehorsame Reichsregierung haben es also erreicht, daß eine günstige Gelegenheit verpufft und damit die deutsch-französische Wirtschaftsverständigung weiter hinausgezögert wurde. Die deutsche Reichsregierung ihrerseits wird aber hernach dem Parlament erzählen, daß das deutsch-französische Provisorium infolge französischer Widerstände nicht in dem Umfang zustande gekommen sei, wie man ursprünglich gehofft habe; denn zweifellos wird man auch diesmal zu einem kleinen und unbedeutenden Abkommen gelangen, dessen wirtschaftliche Bedeutung gleich Null sein dürfte.

### Waldbesitzer und Polenvertrag.

Neben den deutsch-französischen Verhandlungen sind die wichtigsten Verhandlungen zurzeit die deutsch-polnischen. Auch hier regt sich von neuem der Widerstand agrarischer Interessenten. Durch den Versailler Vertrag hat Deutschland große Teile seines Waldbesitzes verloren. Konnte schon vor dem Kriege der deutsche Holzbedarf nicht aus den heimischen Wäldern gedeckt werden, so ist das heute erst recht unmöglich. Einer der größten deutschen Holzlieferanten ist Polen. In Polen haben steuerliche Maßnahmen und zum geringeren Teil die Geldentwertung zu einer Senkung der vorübergehend übermäßig hohen Preise für Holz geführt. Seit Monaten führt jetzt der deutsche Waldbesitzer, unterstützt von den Vertretern der deutschen Landwirtschaft, einen Kampf für die völlige Abschneidung der polnischen Holzeinfuhr nach Deutschland. Dieser Kampf ist bisher infolge des Protezes der holzverarbeitenden Industrie, die jaft die dreifache Bedeutung im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft hat wie der deutsche Waldbesitz, erfolglos geblieben. Anders ist jedoch die Situation bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Das Holz gehört zu den wenigen großen Exportartikeln, über die Polen verfügt. Dem entsprechend fordern die Polen als Kompensation für eine Ermäßigung ihrer Industriezölle, die dem deutschen Export zugute kommen würde und die Zehntausende von deutschen Arbeitern für den polnischen Markt beschäftigen könnte, einen durchgreifenden

Abbau der deutschen Holzölle, der naturgemäß auch im Interesse der deutschen Holzverarbeitenden Industrie liegt. In dieser Frage sind aber bisher die deutschen Unterhändler stark und unnachgiebig geblieben. Insbesondere wird die Situation dadurch verschärft, daß beinahe alle deutschen Länder über ausgedehnten Waldbesitz verfügen und Einnahmen aus ihm ziehen, so daß die fiskalischen Interessen der Länder mit denen der gesamten Volkswirtschaft zusammenstoßen. Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft muß gefordert werden, daß auch hier der Hebung der Ausfuhr die deutschen Holzölle geopfert werden, zumal sie auch der deutschen Holzverarbeitenden Industrie, die zum großen Teil auf den Export angewiesen ist, eine unnötige Belastung auferlegen. Der Export an Holzwaren ist in diesem Jahre bisher hinter dem Export der beiden Vorjahre zurückgeblieben, so daß im Interesse der Holzverarbeitenden Industrie, in der rund 1 1/2 Millionen Menschen beschäftigt sind, eine weitere Verbilligung ihres Rohstoffbezuges, die den Export nur günstig beeinflussen könnte, dringend zu wünschen ist. Die Interessen des polnischen Exports und des deutschen Exports sind hier völlig identisch. Dennoch sind die deutschen Unterhändler bisher in dieser Frage fest geblieben und sind zweifellos sehr stolz darauf.

Die Reichsregierung ergreift jetzt endlich die Initiative im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit; ihre Handelspolitik jedoch kann nur den Erfolg haben, die Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden nutzlos um untergeordneter Interessen willen zu verlängern. Das Schlimmste dabei ist, daß sie gegenüber der deutschen Öffentlichkeit ständig ein Verstedpiel treibt. Sicherlich wird unsere Darstellung von dem amtlichen Dementierapparat damit bekämpft werden, daß man sie als unsachlich oder gar als den deutschen Interessen abträglich hinstellt. Demgegenüber sei von vornherein nachdrücklich betont, daß es kein Dienst an der deutschen Volkswirtschaft ist, wenn die Handelspolitik der Reichsregierung um der Vertretung politisch einflussreicher Einzelinteressen willen die Erfordernisse der Gesamtwirtschaft unbeachtet ließ und daß es denkbar verfehlt wäre, diese fortgesetzten Unterlassungen und Mißgriffe ohne Kritik hinzunehmen.

**Schlechter Abfall von Fleischwaren** — eine Folge der Krise. Der Reichsverband der deutschen Fleischwarenindustrie teilt in seinem Bericht über den Monat Juni u. a. folgendes mit: Die wirtschaftliche Entwicklung hat die Erwartungen nicht erfüllt. Infolge des kühlen und regnerischen Wetters emiedelte sich der Reiseverkehr und Bäderbesuch nur mäßig. Der Abfall, insbesondere an Rohwurst und feineren Fleischwaren war daher stark gehemmt. Die Abnehmer konnten nur schleppend ihre Vorräte räumen und waren nur bei Einräumung weitestgehender Kredite in der Lage, sich mit neuen Vorräten einzudecken. In gleicher Weise ließ auch der Absatz an billiger Konsumware zu wünschen übrig, obwohl die Preise hier ebenso wie bei den feineren Dauerwaren trotz stabiler Schweinepreise und steigender Rinderpreise mit Rücksicht auf die fehlende Kaufkraft der Bevölkerung nicht nur nicht erhöht, sondern teilweise sogar ermäßigt wurden. Die durch das Zollkompromiß bewirkte erneute Belastung der Lebensmittelpreise, insbesondere der Rindfleischpreise, wird mit ernster Besorgnis aufgenommen. Die Fleischwarenindustrie sieht hierin eine einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft, deren Einspruch es im wesentlichen auch zu verdanken ist, daß die von der Fleischwarenindustrie geforderte Ermäßigung der Einkaufstrakten und damit die Möglichkeit einer weiteren Verbilligung der Preise für Fleisch und Fleischwaren zurzeit abgelehnt worden ist.

**Die Aufwertung bei Wertsparksassen.** In diesen Tagen wird die Durchführungsvorordnung zum Aufwertungsgesetz über die Aufwertung der Guthaben bei Fabrik- und Wertsparksassen sowie der Ansprüche an Betriebspensionskassen veröffentlicht werden. Die Artikel 5—8 des Gesetzes enthalten eine ins einzelne gehende Regelung der Aufwertung der Fabrik- und Wertsparksassen. Hier ist eine teilweise Rückwirkung, begrenzt mit dem 15. Juni 1922, vorgezogen. Weitere Vorschriften der Verordnung beschäftigen sich mit der Zusammenlegung der Aufwertungsfstellen und ihren Verfahren. Für die Entscheidung von allgemeinen Fragen, die für sämtliche Kallensgläubiger eines Betriebes von Bedeutung sind, ist als Aufwertungsfstelle die nach der vierten Verordnung zur Durchführung der Verordnung über Goldbilanzen vom 28. August 1924 gebildete Spruchstelle eingesetzt worden unter Abänderung ihrer Zusammensetzung derart, daß ihr auch eine den Gläubigertreuen nahestehende Persönlichkeit beigegeben worden ist. Das Verfahren ist so einfach wie möglich gestaltet worden, und es ist Vorfrage getroffen, daß gütliche Regelungen zwischen Unternehmer und Kallensgläubigern, mögen sie in der Vergangenheit liegen oder künftig getroffen werden, aufrechterhalten bleiben können.

**Leichte Belebung im Berliner Kohlenhandel.** Während die letzten Monate im Berliner Kohlenhandel eine ganz außerordentliche Stille gezeitigt hatten, ist jetzt eine gewisse Wiederbelebung des Marktes festzustellen. Allerdings haben die von den Rofs- und Breikessproduzenten bewilligten Sommerausnahmepreise nicht die erhoffte Absatzsteigerung gebracht; die meisten Abnehmer sind noch längst nicht in der Lage, Brennstoffe in größeren Mengen hinlegen zu können. Der Umsatz im Juni wird daher allgemein als unbefriedigend bezeichnet. Es war notwendig, weiterhin Einschränkungen in den Betriebsanordnungen vorzunehmen und Lagerplätze stillzulegen. Die scharfe Konkurrenz hält trotz der Einheitspreise nach wie vor an.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

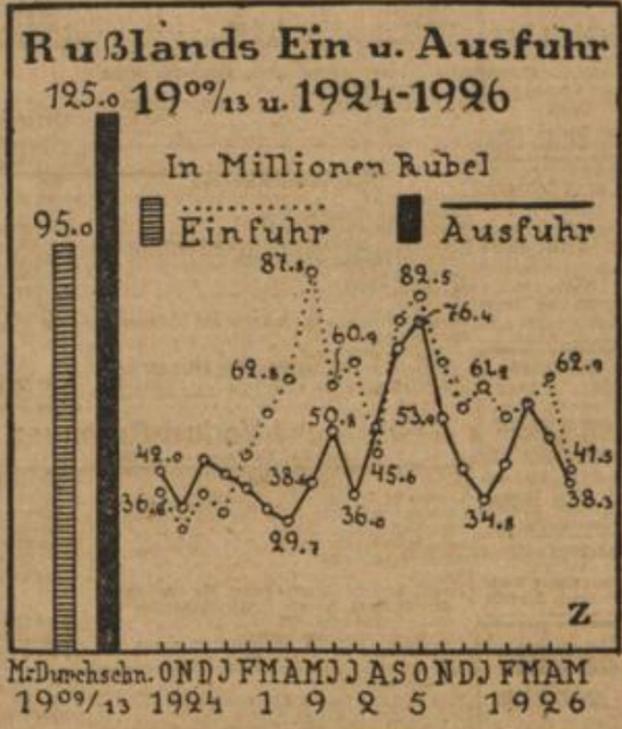
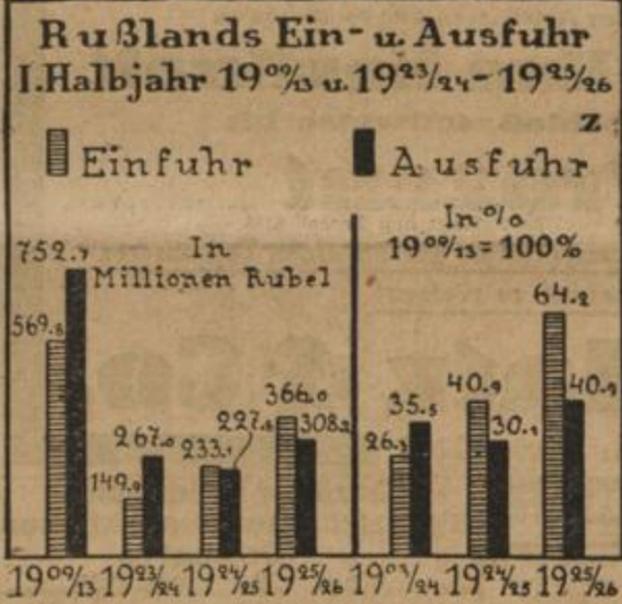
- 1. Kreis Charlottenburg.** Heute, Sonnabend, 10. Juli, 7 1/2 Uhr, Sitzung der Jugendkommission im Jugendheim Rollmuthstr. 4.
- 2. Abt. 7 1/2 Uhr** Pannarmee im kleinen Thorussaal, Wilhelmstr. 142. Schillerisches Schmaisen aller Parteigenossen erwünscht. Festredner: Genosse Robert Dreyer.
- Morgen, Sonntag, den 11. Juli:**
- 3. und 4. Abt. Mittags 1 1/2 Uhr** Treffpunkt Seestraße vor der Althausbrücke zum Auszug nach dem Restaurant Wiegengrund am Spandauer Schloßpark. Hohe Beteiligung wird erwartet.
- 7. Abt.** Unsere Jugend macht einen Ausflug nach dem Mühlentempel. Die Genossen mit ihren Familien sind dazu eingeladen. Treffpunkt: früh 9 Uhr auf der Mühlentempelbrücke, Eingang Bahnhof Gesundbrunnen. Fahrt bis Zitzschenwerder.

- Arbeitgemeinschaft der Rinderbräue.** Kreis Mitte: Sonntag, 11. Juli, Begegnung am Rinderhof in Blankenburg. Treffpunkt: morgens 8 Uhr am Berliner Hauptbahnhof. Näheres Auskunft bei den Ortsvereinsleitern. Eltern und Freunde sind als Gäste willkommen. — **Kreis Tiergarten:** Sonntag, 11. Juli, Fahrt nach Schlosspark bei Schönerlin zum Volksfest. Begegnung mitbringen: 20 Pf. Fahrgeld. Treffpunkt: 7 Uhr früh Krügerstraße Nr. 11. — **Kreis Prenzlauer Berg:** Sonntag, 11. Juli, in der Waldruhungsstätte Leutz. Begegnung am Kurpark bei SAG. — **Präsidenten des Jugendbundes:** Sonntag, Genosse Dr. Dräger, Sonntag, 12. Juli, 8 Uhr, im Reichs-Kinderdorf-DR. Redebühne, 49. politische Aussprache. Wichtige Mitteilungen.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

- Die Berichtshagen für die Monate April-Juni müssen sofort dem Sekretariat eingereicht werden.
- Sommerwanderung vom 8.—15. August.** Wer teilnehmen will, melde sich recht bald im Jugendsekretariat.
- Wahlung Betriebsratsleiter und Bezirksvorstand, 7. und 8. Kreis.** Wahlung der Arbeitergemeinschaften in Potsdam! Sonnabend/sonntag, 10./11. Juli, Fahrt zur Jugendbergsche Lindehof bei Potsdam. Treffpunkt: Sonnabend abends 6 Uhr sächlich am Bahnhof Scharf. Wasserleit (Fernbahnhof). Nachmittags Sonntag früh 7 1/2 Uhr ebenda.
- Wahlung, Bezirksleiter!** Nehmt die Sommerwanderung ab.
- Wie, die in der Zeit vom 12. Juli bis 1. August d. J. zur Sächsischen Schweiz und zum Riesengebirge fahren,** treffen sich zur Vorbereitung am Sonnabend, 10. Juli, 1/2 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3. Teilnehmer können sich nach anmelden.
- Heute, Sonnabend, den 10. Juli:**
- Reichenberg-Mitte:** Vorhandlung bei Genossin Lotta Bube, Platanenstraße 11. Wichtige Tagesordnung.
- Morgen, Sonntag, den 11. Juli:**
- Schönhäuser Vorposten II:** Elternfahrt nach dem Mühlentempel. Treffpunkt: 7 1/2 Uhr Gesundbrunnen (Eingang Bismarckstraße). — **Tempelhof:** Besuch des Botanischen Gartens. Treffpunkt 1 Uhr Wriezener Platz. — **Grünau:** Begegnung. Treffpunkt: 2 Uhr Grünau. — **Reichenberg-Mitte, III und IV:** Sommerfest der SAG. Treffpunkt: 2 Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg und für Nachzügler 1/2 Uhr am „Schwarzen Adler“. — **Kreis III:** Fahrt nach Rössen. Treffpunkt: 7 Uhr Bahnhof Rummelsburg.
- Waldhagen-DR:** Treffen zum Sommerfest der SAG nachmittags 2 Uhr am Bahnhof Stralau-Rummelsburg. Fahrten und Instrumente sind mitzubringen.

**Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin.** (Nachdr. verb.) Beschleunigt bewölkt, warm, später Gewitterregen. — **Für Deutschland:** In Ostdeutschland nur mäßig warm, wolfig, Strichregen, in Ostdeutschland vielfach heiter und warm, höchstens Gewitterregen.



# Für die Reise

Dose Schuhcreme aufgegangen und ein schönes, weißes, Kleidungsstück total ruiniert hat. Wer sich diesen Gefahren nicht aussetzen will, verwende auf der Reise ausschließlich die praktische und im Gebrauch saubere, unzerrbrechliche Tuben-Packung. In Frage kommen hauptsächlich folgende Artikel des täglichen Bedarfs: Zur Pflege des Mundes und der Zähne, außer der Chlorodont-Zahnbürste die herrlich erfrischende Chlorodont-Zahnpaste, 1/2 Tube 1 M., 1/2 Tube 60 Pf. Zur Pflege der Haut und des Gesichts die edelste der Parfüm-Cremes, Creme Leodor als kühlende und heilende Creme gegen Sonnenbrand, 1/2 Tube 1,20 M., 1/2 Tube 75 Pf. Zum Rasieren und Waschen die haarerweichende Rasierseife Leosira, zugleich auch als praktische Waschseife auf Touren geeignet, 1/2 Tube 1 M.

Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen! Auch davon, daß ihm durch Zerbrechen oder Auslaufen einer Mundwasserflasche die Wäsche verdorben oder unerwünscht „parfümiert“ worden ist, daß ihm durch ein Stück schmieriger Rasier- oder Toilettenseife wichtige Schriftstücke zerweicht sind, oder daß eine Toilette nicht mehr zu gebrauchen ist. Wer sich diesen Gefahren nicht aussetzen will, verwende auf der Reise ausschließlich die praktische und im Gebrauch saubere, unzerrbrechliche Tuben-Packung. In Frage kommen hauptsächlich folgende Artikel des täglichen Bedarfs: Zur Pflege des Mundes und der Zähne, außer der Chlorodont-Zahnbürste die herrlich erfrischende Chlorodont-Zahnpaste, 1/2 Tube 1 M., 1/2 Tube 60 Pf. Zur Pflege der Haut und des Gesichts die edelste der Parfüm-Cremes, Creme Leodor als kühlende und heilende Creme gegen Sonnenbrand, 1/2 Tube 1,20 M., 1/2 Tube 75 Pf. Zum Rasieren und Waschen die haarerweichende Rasierseife Leosira, zugleich auch als praktische Waschseife auf Touren geeignet, 1/2 Tube 1 M.

**Leo-Werke, A.-G., Dresden-N.6.**

195 Senden Sie mir kostenfrei:

1 Probetube: für 10 maligen Gebrauch ausreichend.

Name: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Hier abtrennen!

